

# ***Delegation zum Congress der European Green Party (EGP)***



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 13.12.2024  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

## **Antragstext**

- 1 Zum Kongress (Congress) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE
- 2 GRÜNEN insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen.
- 3 Im Beschluss „Wahl EGP-Delegierte“ vom 1.06.24 hat der Länderrat die Delegierten
- 4 für den Bundesvorstand, die BAG Europa, die GRÜNE Jugend und die
- 5 Bundestagsfraktion bestätigt. Im Beschluss „Delegation zum Congress der European
- 6 Green Party (EGP)“ vom 15.11.24 hat die BDK die Delegierten für die Deutsche
- 7 Gruppe im Europaparlament bestätigt.
- 8 Mit der Neuwahl des Bundesvorstandes bei der BDK am 16.11.24 haben sich
- 9 Änderungen bei den Delegierten des Bundesvorstandes für den Congress der EGP
- 10 ergeben.
- 11 Wir schlagen der BDK vor, künftig folgende Personen für den Bundesvorstand zum
- 12 Kongress (Congress) der EGP zu delegieren. Die vorgeschlagenen Personen wurden
- 13 vom Bundesvorstand nominiert. Eine Vorstellung der benannten Personen findet
- 14 nicht statt. Die BDK bestätigt die Vorschläge in einer öffentlichen Abstimmung
- 15 über den Antrag.
- 16 Zwei Delegierte des Bundesvorstands:
- 17 Pegah Edalatian, Sven Giegold
- 18 Fünf Ersatzdelegierte des Bundesvorstands:
- 19 Felix Banaszak, Franziska Brantner, Heiko Knopf, Manuela Rottmann, Emily Büning

## ***Vorschlag zur Tagesordnung***

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 25.11.2024  
Tagesordnungspunkt: T Formalia



### **Antragstext**

- 1 **Sonntag, 26. Januar 2025**
- 2 Beginn 09:00 Uhr
- 3 TOP 1: Formalia
- 4 TOP 2: Bundestagswahlprogramm
- 5 Ende ca. 17:00 Uhr

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.12.2024  
Tagesordnungspunkt: WP Bundestagswahlprogramm

## Antragstext

- 1 Regierungsprogramm

## Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Es obliegt dem Bundeskanzler, den Prozess für Neuwahlen durch das Stellen der Vertrauensfrage einzuleiten, über die der Bundestag entscheidet. Anschließend ist der Bundespräsident aufgerufen, sich mit der Auflösung des Bundestages zu befassen. Die Abstimmung des Bundestages erfolgte am 16. Dezember 2024 - somit nach der regulären Antragsfrist am Sonntag, 15. Dezember 2024 - und ergab, dass der Bundeskanzler nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages hat. Der Bundeskanzler hat daraufhin den Bundespräsidenten gebeten, den Bundestag aufzulösen. Neuwahlen werden voraussichtlich am 23.02.25 stattfinden. Die Entscheidung des Bundestages war damit ein Ereignis, dass nach Antragsschluss gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Bundesversammlungen eingetreten ist. Damit begründet sich die Dringlichkeit dieses vom Bundesvorstand vorgelegten Entwurfs zum Bundestagswahlprogramm für die vorgezogenen Bundestagswahlen.

# ***In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch***



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.12.2024  
Tagesordnungspunkt: WP-K1 Kapitel 1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

## **Antragstext**

- 1 Die Menschen in Deutschland sind zu Recht stolz auf das, was sie schaffen, auf
- 2 die Qualität ihrer Arbeit, auf ihre Leistung, auf ihre Erfahrungen und
- 3 Kompetenz. Deutschland muss auf diese Kraft bauen, um die großen strukturellen
- 4 Herausforderungen anzugehen, vor denen wir stehen: Der Angriffskrieg von
- 5 Russland auf die Ukraine und der Systemkonflikt zwischen liberalen Demokratien
- 6 und autoritären Staaten im Umfeld Chinas erfordern eine Neuausrichtung von
- 7 Wirtschaftssicherheit und Handel, Lieferketten und Absatzmärkten. Wir werden
- 8 diesen Wettstreit auch im Ökonomischen nur gewinnen, wenn wir den großen Vorteil
- 9 der liberalen Demokratie maximal zur Geltung bringen: dass Menschen neue Ideen
- 10 haben und Dinge frei entdecken und entfalten können. Wir wollen in der kommenden
- 11 Regierung daran weiterarbeiten, die strukturellen Schwächen unseres Standorts zu
- 12 beheben. Wir sorgen dafür, dass Deutschland und Europa bei den Innovationen der
- 13 Zukunft vorn mit dabei sind. Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher
- 14 werden, dafür müssen Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden.
- 15 Dafür können wir nicht im Status quo verharren. Vielmehr brauchen wir mehr Raum
- 16 und Begeisterung für die Bereitschaft, mit neuen Ideen und Technologien ins
- 17 Risiko zu gehen. Unser Ziel ist, die Innovationskraft unseres Landes spürbar zu
- 18 stärken.
- 19 Damit wir unseren Wohlstand erneuern und nicht nur verwalten, braucht es ein
- 20 Land, das einfach funktioniert – einen Staat, der es den Menschen und
- 21 Unternehmen leichter macht, ihre Ideen umzusetzen, und nicht schwerer: mit einem
- 22 Klick zur Lösung statt mit einem Dutzend Formularen in den Papierkrieg. Den
- 23 Aufbruch haben wir in den vergangenen drei Jahren geschafft: Wir haben ein
- 24 Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren erzeugt, haben Grundlagen gelegt bei
- 25 der Modernisierung der Industrie, der Zuwanderung von Fachkräften, der
- 26 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Stärkung von
- 27 Investitionen. Aber unser Land braucht jetzt eine gemeinsame Anstrengung, damit
- 28 wir auf diesem Weg erfolgreich vorankommen. Der Wettlauf bei der technologischen
- 29 Entwicklung macht es notwendig, dass neue Ideen und Innovationen schneller
- 30 Wirklichkeit werden.
- 31 Wenn wir auf diesem Weg den deutschen und europäischen Standort stärken, stärken
- 32 wir dabei auch die Idee der sozialökologischen Marktwirtschaft – und eine
- 33 Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und Umwelt, sichere
- 34 Arbeitsplätze bietet und vor Ort verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der
- 35 Menschen. Eine starke Wirtschaft ist nicht nur Bedingung unseres Wohlstandes,

36 sondern auch Voraussetzung für Zusammenhalt und Stabilität im Inneren, für unser  
37 Gewicht in der Welt und nicht zuletzt zur Bewältigung der Klimakrise.

38 Unser Wohlstand ermöglicht und basiert auf Gerechtigkeit, Klimaneutralität,  
39 Lebensqualität und Vorsorge. Seine Erneuerung ist eng verknüpft mit der  
40 Bekämpfung der Klimakrise, die gemeinsam mit der Krise der Artenvielfalt die  
41 große Aufgabe unserer Zeit ist. Denn wir wollen einen Planeten erhalten, auf dem  
42 Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können. Wir werden den immer  
43 häufigeren Extremwettern nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern mit aller  
44 Kraft dafür kämpfen, dass sich das Klima stabilisiert. Das erfordert große  
45 Investitionen, zum Beispiel in den Ausbau günstiger erneuerbarer Energien, der  
46 jahrelang verschleppt wurde. Dafür brauchen wir intakte Ökosysteme, gesunde  
47 Wälder, saubere Meere und Respekt vor den Tieren als Mitgeschöpfe. Wenn wir die  
48 Umwelt schützen, schützt sie uns auch. Klimaschutz ist Menschenschutz und  
49 zugleich eine zentrale Wettbewerbsfrage unserer Zeit. Der Weg zurück zu den  
50 fossilen Technologien führt in den wirtschaftlichen Stillstand.

51 Wir werden darauf achten, dass alle Menschen unseres Landes den Weg mitgehen  
52 können, der in eine gute Zukunft führt. Wir sorgen dafür, dass auch Mieter\*innen  
53 mit knappem Budget eine moderne Heizung und eine verbesserte Dämmung bekommen.  
54 Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu elektrischer Mobilität die Fortbewegung  
55 komfortabler und das Auto erschwinglich macht. Wir sorgen dafür, dass durch  
56 Klimaanpassung das Eigentum von Hausbesitzer\*innen geschützt und Lebensleistung  
57 erhalten wird.

## 58 **A. Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs**

### 59 **Für einen wettbewerbsfähigen Standort**

60 Unternehmen brauchen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes  
61 Investitionsklima, allem voran klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.  
62 Für unsere Wirtschaft sorgen wir für dauerhaft günstige Energie, erhöhen private  
63 und öffentliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur, vereinfachen,  
64 digitalisieren und beschleunigen staatliche Verfahren und Prozesse und arbeiten  
65 daran, das Fachkräftepotenzial in und für Deutschland zu erhöhen.

66 Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist ein entscheidender  
67 Standortfaktor. Erleichterungen für Eigenstromproduktion und eine Förderung von  
68 langfristigen Abnahmeverträgen sichern der Wirtschaft direkten Zugang zu  
69 günstiger Energie. Auch für die Wirtschaft ist die weitere Absenkung der Steuern  
70 und Abgaben auf Strom wichtig. Deshalb übernehmen wir die Netzentgelte für die  
71 überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und senken die  
72 Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir werden weiterhin Maßnahmen zur  
73 Steigerung der Energieeffizienz unterstützen. Zudem setzen wir uns ein für eine  
74 dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für  
75 energieintensive Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Wir werden das  
76 Wasserstoffkernnetz zügig aufbauen, die Erzeugung von grünem Wasserstoff in  
77 Deutschland fördern und neue Importquellen sichern.

78 Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden besonders unter  
79 aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des  
80 Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen  
81 bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen  
82 Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein  
83 pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in  
84 Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden.  
85 Dabei werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und  
86 Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und  
87 praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische  
88 Schutzstandards abzubauen. Das werden wir nun flächendeckend und systematisch  
89 ausrollen und auch in den Gesetzgebungsprozessen vorab umsetzen. Bei jeder  
90 Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Ein  
91 wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der  
92 Verwaltung: Wir wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für  
93 Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nur einmal eingereicht  
94 werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren, um so  
95 Kosten zu senken und Zeit zu sparen. Damit mehr Unternehmen von den KMU-  
96 Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die  
97 Definition von KMU anheben.

98 Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren  
99 worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben.  
100 Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche  
101 Wertschöpfung. Wir wollen der Wirtschaft eine starke, resiliente und  
102 verlässliche Infrastruktur bereitstellen, indem wir die öffentlichen  
103 Investitionen dafür aus nationalen und aus Mitteln der Europäischen Union (EU)  
104 stärken und ausbauen. Dafür werden wir auch die Schuldenbremse sinnvoll  
105 modernisieren.

106 Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten  
107 Akteuren. Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben:  
108 Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische  
109 Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen  
110 mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der  
111 Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld  
112 übersteigt, wird sie ausgezahlt.

113 Es ist absolut entscheidend, dass wir nicht nur gute Ideen entwickeln, sondern  
114 dass daraus auch starke neue deutsche Unternehmen entstehen. Hier haben wir  
115 bisher im Vergleich zu den USA oder China eine große Schwäche beim Zugang zu  
116 Finanzierung. Wir erleichtern deshalb den Zugang zu Wagniskapital durch die  
117 Fortsetzung der WIN-Initiative, um jungen innovativen Unternehmen durch  
118 verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen einen  
119 einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen.

120 Wettbewerbsfähigkeit steht und fällt auch mit gut qualifizierten Beschäftigten.  
121 Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft mit ihrer  
122 starken Tarifbindung sind eine Stärke unseres Standorts.

## **123 Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte 124 Erwerbstätigkeit von Frauen**

125 Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen  
126 für die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung Deutschlands. Ob  
127 Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle sind betroffen. Um diese Lücke  
128 zu schließen, gilt es Hindernisse abzubauen und Anreize zu setzen, damit  
129 Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

130 Deutschland hat 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, während viele  
131 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Wir müssen dazu beitragen, dass junge  
132 Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden und die Attraktivität der  
133 beruflichen Ausbildung erhöhen. Mit Maßnahmen wie dem Qualifizierungsgeld  
134 unterstützen wir Menschen, die schon im Berufsleben sind und sich neu  
135 orientieren oder weiterqualifizieren möchten. Älteren Arbeitnehmer\*innen werden  
136 wir Anreize für längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus bieten.

137 Wenn alle Frauen mit Kindern so arbeiten könnten, wie sie möchten, hätten wir in  
138 Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Um die Vereinbarkeit von  
139 Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir durch einen gesetzlichen Rahmen  
140 flexible Lösungen ermöglichen und zugleich passgenaue Regelungen für die  
141 Betriebe bieten, die sie nicht überfordern. Ein gutes und verlässliches Angebot  
142 an Betreuungsplätzen ist dafür die Grundlage. Betreuungskosten sollten  
143 umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein. In der jetzigen Form stellt das  
144 Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar. Deshalb wollen wir es  
145 grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine  
146 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für  
147 bestehende Ehen ändert sich nichts. Indem wir eine gleichberechtigte  
148 Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglichen, stärken wir ihre eigenständige  
149 Absicherung, schützen sie so vor Altersarmut und stärken gleichzeitig die  
150 Volkswirtschaft.

151 Deutschland muss für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv sein. Wir  
152 wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online  
153 beantragen können und dafür nur einen Ansprechpartner brauchen. Eine digitale  
154 Einwanderungsagentur soll den Einwanderungsprozess modernisieren und  
155 beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch mit Ämtern und  
156 Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Die Anerkennung von  
157 ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen wir deutlich und schaffen dafür  
158 eine zentrale Anerkennungsstelle. Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen  
159 wir weiter ab, auch weil sie über den Arbeitsmarkt schneller in unsere  
160 Gesellschaft integriert werden.

## **161 Für eine starke europäische Wirtschaft**

162 Der europäische Binnenmarkt mit seinen 450 Millionen Einwohner\*innen und 17  
163 Billionen Euro Wirtschaftsleistung ist eine historische Errungenschaft. Nur mit  
164 mehr Europa können wir im Wettbewerb mit den USA und China bestehen, können wir  
165 die gemeinsame Wachstums- und Innovationsschwäche überwinden und wieder

166 treibende Kraft beim technologischen Fortschritt werden. Das schafft und sichert  
167 auch Wohlstand und gute Jobs in Deutschland.

168 Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und um eine vertieften  
169 Digitalunion ergänzen: Damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß  
170 werden. Und wir wollen, dass Europa seine Kräfte bei Forschung und Innovation  
171 bündelt. Starke Netzwerke europäischer Universitäten, gemeinsame Rechenzentren  
172 oder Forschungsagenturen können uns wieder zum Spitzenreiter bei den  
173 Zukunftstechnologien machen.

174 Europa ist bereits Weltmarktführer bei sauberen, nachhaltigen Technologien wie  
175 Windturbinen und Elektrolyseure. Der europäische Green Deal gibt mit  
176 klimapolitischen und ökologischen Zielen und Leitplanken den Rahmen für fairen  
177 Wettbewerb in Europa. Bei pragmatischer Umsetzung kann Europa so zum Marktführer  
178 für nachhaltige Elektrotechnik, Chemie, Maschinenbau und Dienstleistungen  
179 werden. Damit sichern wir durch Klima- und Ressourcenschutz gute Jobs im  
180 Industriebereich – einem wichtigen Zukunftsmarkt. Dazu brauchen wir jetzt  
181 stabile Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien statt innovationsfeindliche  
182 Diskussionen um ein Rollback oder eine Bremsung des europäischen Green Deal.

183 Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal um eine industrielle Dimension.  
184 Wir müssen von Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich stärker profitieren und  
185 unsere klimaneutrale europäische Innovationskraft zu einem globalen  
186 Wettbewerbsvorteil ausbauen. Dafür wollen wir im nächsten EU-Finanzrahmen die  
187 entsprechenden Instrumente schaffen und sie mit den notwendigen Mitteln  
188 unterlegen. Dazu gehört auch, dass wir das Beihilferecht der EU so ändern, dass  
189 es kurzfristig einer umfassenden Unterstützung der Dekarbonisierung der  
190 Industrie und dem Abbau gefährlicher Abhängigkeiten von Autokratien nicht im  
191 Wege steht.

## 192 **Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte**

193 Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler  
194 wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik,  
195 die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind. Um Finanzkrisen vorzubeugen,  
196 benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure  
197 ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure  
198 wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.

199 Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-  
200 Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche  
201 Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt  
202 Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Aber auch  
203 kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise  
204 unterentwickelten europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und  
205 Schuldverschreibungen. Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der  
206 Kapitalmarkt- und Bankenunion einsetzen. Das Vertrags- und Insolvenzrecht für  
207 Finanzmarktakteure wollen wir dafür europaweit angleichen.



208 Wir wollen Finanzmarktakteuren die nachhaltige Finanzierung erleichtern.  
209 Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile  
210 Energien unwirtschaftlich und Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu  
211 machen. Deutschland soll eine führende Rolle bei der Verbesserung der  
212 Sustainable-Finance-Regulierung spielen. Wir setzen uns dabei für mehr  
213 Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf  
214 europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz.  
215 Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt  
216 werden.

## 217 **Für mehr Innovationskraft**

218 Deutschland und Europa müssen bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei  
219 sein. Denn diese Innovationen sind nicht nur entscheidend für unsere  
220 wirtschaftliche Zukunft, sondern auch für die Bewältigung der großen  
221 gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit – von der Klimakrise bis zur  
222 geopolitischen Behauptung gegen den Autoritarismus.

223 Die deutsche Forschung soll Weltspitze bleiben. Wir wollen erreichen, dass Staat  
224 und Unternehmen mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und  
225 Entwicklung investieren. Unsere Forschungspolitik umfasst die freie  
226 Grundlagenforschung ebenso wie die missions- und anwendungsorientierte Forschung  
227 sowie den Transfer in marktreife Produkte. Wir werden daher die  
228 Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage weiter ausweiten und so Unternehmen  
229 bei der Forschung besser unterstützen. Gleichzeitig brauchen wir eine  
230 auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft. Mit der Deutschen Agentur  
231 für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir regionale Innovationsökosysteme  
232 unterstützen, in denen Wissenschaft, Gesellschaft und die Wirtschaft gemeinsam  
233 an innovativen Lösungen arbeiten. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen  
234 (SPRIND) fördert Innovationen nicht klassisch durch Förderprogramme, sondern  
235 durch sogenannte Challenges. Diesen Ansatz wollen wir ausbauen und auf  
236 europäischer Ebene flankieren. Wir schaffen auch mehr Experimentierräume wie die  
237 Reallabore, in denen neue Technologien erprobt und in die Anwendung gebracht  
238 werden können.

239 Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung von digitalen  
240 Geschäftsmodellen erleichtern. Dazu wollen wir die Anwendung von Künstlicher  
241 Intelligenz (KI), die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die  
242 Stärkung digitaler Kompetenzen in Unternehmen gezielt fördern und  
243 Datenschutzbürokratie abbauen. Wir schaffen zudem passende Rahmenbedingungen für  
244 interoperable Standards und für einen sicheren und effizienten Datenaustausch  
245 entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der Staat sollte als vertrauensvoller  
246 Referenzkunde seine Marktmacht als Einkäufer nutzen, um innovative digitale  
247 Produkte zu fördern. Dabei sollte er insbesondere Open-Source-Anwendungen und  
248 Produkte von Start-ups und KMU berücksichtigen.

249 Für die notwendige Innovationskraft brauchen Deutschland und Europa eine neue  
250 Gründungskultur. Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche  
251 Vereinfachungen und indem wir Gründer\*innen in One-Stop-Shops Begleitung und

252 Beratung aus einer Hand anbieten. Wir wollen Gründungen in ihrer Vielfalt  
253 unterstützen. Dafür geben wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-  
254 ups einen Booster, etwa durch verbesserte Finanzierungsangebote. Ausgründungen  
255 aus Hochschulen werden wir erleichtern, die EXIST-Hochschulförderung auf mehr  
256 Universitäten ausweiten und den Transferauftrag für Hochschulen und  
257 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken.

## 258 **Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie**

259 Unser Anspruch ist es, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt,  
260 denn Industrieunternehmen sind in ihren Regionen identitätsstiftend und wichtige  
261 Arbeitgeber. Wir wollen unsere Industrie bei der klimafreundlichen  
262 Modernisierung unterstützen, sie hier halten und verhindern, dass die Produktion  
263 in Länder abwandert, in denen es noch keinen CO<sub>2</sub>-Preis und nur laxen  
264 Umweltschutz- und Sozialstandards gibt. In einer Welt, in der Krisen, Konflikte  
265 oder machtpolitische Bestrebungen jederzeit Lieferketten stören oder zerbrechen  
266 lassen können, brauchen wir in essenziellen Bereichen eigene  
267 Produktionsmöglichkeiten, um fatale Abhängigkeiten zu vermeiden.

268 Damit die klimaneutrale Modernisierung der Industrie gelingen kann, setzen wir  
269 auf einen effizienten Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie  
270 CO<sub>2</sub>-Preis, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und – wo nötig –  
271 möglichst unbürokratischem Ordnungsrecht. Wo Investitionshürden zu Beginn zu  
272 hoch sind und über den CO<sub>2</sub>-Preis nicht genug Anreize gesetzt werden, setzen wir  
273 auf wettbewerbsorientierte Instrumente wie die Klimaschutzverträge. Den  
274 Anwendungsbereich der Klimaschutzverträge werden wir ausweiten und so diejenigen  
275 Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am meisten CO<sub>2</sub> einsparen. Um  
276 ausreichend Nachfrage für klimaneutral hergestellte Produkte zu garantieren,  
277 werden wir grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit  
278 etablieren. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine  
279 Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt. Die vollständige  
280 Klimaneutralität der Industrie wird aufgrund von schwer zu vermeidenden  
281 Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nur mit der Abscheidung,  
282 Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> (CCS/CCU) möglich sein. Deshalb ermöglichen wir  
283 dafür die Anwendung dieser Technologie und unterstützen den Ausbau der  
284 notwendigen Infrastruktur. Die Speicherung von CO<sub>2</sub> in Meeresschutzgebieten  
285 lehnen wir ab.

286 Global ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden.  
287 Für die Unternehmen in der Automobilindustrie, mit ihren mittelständischen  
288 Zulieferbetrieben der größte Industriezweig in unserem Land, ist  
289 Planungssicherheit entscheidend: dass wir dabei bleiben, ab 2035 nur noch  
290 klimafreundliche Antriebe neu zuzulassen. Die konkreten Ziele der EU-  
291 Flottengrenzwerteverordnung unterstützen wir und lehnen eine Abschwächung ab.  
292 Mögliche Strafzahlungen sollen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der  
293 E-Mobilität durch europäische Programme genutzt werden. Wir beschleunigen den  
294 Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur  
295 und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize. Förderung wollen wir dabei nur

296 jenen gewähren, die auch in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards  
297 produzieren: in Europa, für Europa. Mit gezielten Forschungsprogrammen und dem  
298 Ausbau der regionalen Transformationsnetzwerke unterstützen wir die  
299 Fortentwicklung von Geschäftsmodellen, insbesondere in den Bereichen vernetztes  
300 Fahren und Batteriezellen.

301 Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in Schlüsselbereichen wie KI,  
302 Quantentechnologie, Mikrochips, Biotechnologie, Robotik und Raumfahrt wollen wir  
303 wettbewerbsfähig bleiben und globale Trends mitgestalten können. Insbesondere  
304 werden wir den Aufbau von Produktionskapazitäten für Schlüsseltechnologien wie  
305 beispielsweise Mikrochips und Batterien weiter vorantreiben. Wir setzen uns für  
306 eine wettbewerbsfähige europäische Raumfahrtindustrie ein, um durch  
307 Satellitenkommunikation und -navigation, New Space, (Klima-)Forschung und  
308 Erdbeobachtung unsere strategische Souveränität zu stärken.

309 Auch der Schritt zur Klimaneutralität ist ein Innovationsmotor. Von modernster  
310 Kraftwerkstechnologie über Elektrolyseure bis zur Herstellung von Wasserstoff,  
311 vom E-Auto bis zur Wiederverwendbarkeit von Materialien entstehen neue  
312 Zukunftstechnologien, bei denen die deutsche Industrie ganz vorn mit dabei sein  
313 kann. Diese Zukunftstechnologien wollen wir ermöglichen, fördern und bei der  
314 Markteinführung unterstützen – und damit Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen  
315 sichern. Dafür wollen wir den europäischen Net-Zero Industry Act der EU  
316 möglichst schnell und umfassend in Deutschland umsetzen.

## 317 **Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk**

318 Die ökonomische Kraft unseres Landes liegt in der Vielfalt seiner Unternehmen.  
319 Die Tatkraft und Innovationsfähigkeit der Handwerksbetriebe, der Selbstständigen  
320 und Freiberufler\*innen sowie der KMU sind Motor unserer Wirtschaft. Sie treiben  
321 den Klimaschutz voran und sorgen gerade in ländlichen Räumen für Arbeitsplätze  
322 und Stabilität. Der Entfaltung dieser Kraft wollen wir Rückenwind geben.

323 Das Handwerk bietet in einer nachhaltigen Wirtschaft krisensichere  
324 Arbeitsplätze. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die  
325 gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen  
326 verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der  
327 Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf  
328 branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher  
329 und akademischer Ausbildung. Der Meisterbrief soll kostenlos werden. Wir setzen  
330 uns dafür ein, dass auch für Handwerkerinnen und Soloselbstständige die Wochen  
331 rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.

332 Wir stehen für eine starke deutsche und europäische Wettbewerbspolitik mit dem  
333 unabhängigen Bundeskartellamt und der EU-Kommission im Zentrum. Das  
334 Wettbewerbsrecht braucht eine Weiterentwicklung, um KMU sowie Verbraucher\*innen  
335 effektiver vor Monopolen zu schützen. Auf europäischer Ebene wollen wir dazu das  
336 von der Kommission bereits vorgeschlagene New Competition Tool wiederbeleben,  
337 vor allem um heimische Unternehmen vor unfairen Praktiken globaler  
338 Großunternehmen zu schützen. Umgekehrt sollen kleine Übernahme- und Fusionsfälle  
339 in Deutschland und Europa von bürokratischen Verfahren entlastet werden.

340 Unfaire und teure Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen  
341 Gewerbes und der Verbraucher\*innen werden wir mithilfe des Wettbewerbsrechts  
342 zurückdrängen. Über große Onlinehändler gelangen massenweise Waren zu uns, die  
343 europäische Standards nicht einhalten. Im Internet entstehen immer wieder neue,  
344 unfaire und manipulative Praktiken. Wir setzen uns dafür ein, dass große  
345 Plattformen – genau wie der Laden um die Ecke – Produktverantwortung übernehmen  
346 müssen.

347 Um die Vergabestellen gerade der Kommunen und die Wirtschaft um  
348 Verwaltungskosten von über einer Milliarde Euro zu entlasten, modernisieren wir  
349 das Vergaberecht umfassend, um nachhaltige Beschaffung zu vereinfachen und zur  
350 Regel zu machen. Um die Vergabestellen gerade der Kommunen zu entlasten, werden  
351 wir die Direktauftragsgrenzen deutlich anheben. Wir berücksichtigen Start-ups  
352 bei der Vergabe besser.

353 Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen  
354 wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen  
355 einführen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen sollen künftig die gleiche  
356 Förderung erhalten wie alle anderen Gründer\*innen auch. Gelder von verwaisten  
357 Konten werden wir zur Stärkung sozialer Innovationen und gemeinwohlorientierter  
358 Unternehmen verwenden. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und  
359 Gemeinwohlorientierte Unternehmen werden wir fortführen.

360 Von Wertschöpfung und Investitionen vor Ort in den Kommunen hängt die  
361 Wirtschaftskraft und Lebensqualität in ländlichen Räumen entscheidend ab. Durch  
362 den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW)  
363 stellen wir sicher, dass Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten  
364 können.

365 Gerade in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz liegt das  
366 Potenzial für ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende Wirtschaftspolitik.  
367 Die Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als  
368 Chance begreifen, um mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung,  
369 Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien den Weg in eine  
370 nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch  
371 transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung der Ideen und  
372 Wünsche vor Ort zu beteiligen.

373 Der Tourismus ist in Deutschland Motor für Wachstum und Beschäftigung,  
374 insbesondere in ländlichen Regionen. Wir werden die Nationale Tourismusstrategie  
375 fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial  
376 gerechter und innovativer gestalten.

377 Wohlstand ist für uns mehr als nur das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt. Wir  
378 haben daher erstmals im Jahreswirtschaftsbericht auch den Zustand von Umwelt und  
379 Klima sowie soziale Faktoren mit in den Blick genommen. Diese umfassende  
380 Wohlfahrtsmessung wollen wir ausbauen.

## 381 **Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel**

382 Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Resilienz und Sicherheit hängen neben  
383 dem europäischen Binnenmarkt wesentlich von belastbaren internationalen  
384 Partnerschaften und vom globalen Handel ab. Angesichts geopolitischer Konflikte,  
385 protektionistischer Maßnahmen und zunehmend schärferem internationalen  
386 Wettbewerb brauchen wir eine zukunftsfähige Handelsagenda, die sich für alle  
387 auszahlt.

388 Ausgewogene Handelspartnerschaften eröffnen deutschen Unternehmen nicht nur neue  
389 Absatzmärkte, sondern stärken auch ihre Lieferketten. Eine breitere Streuung  
390 unserer Wirtschaftsbeziehungen hilft zudem, Abhängigkeiten in kritischen  
391 Bereichen zu verringern. Der Fokus auf einzelne Sektoren und gezielte Abkommen  
392 für bestimmte Waren und Dienstleistungen verspricht dabei schnelle  
393 Verhandlungserfolge. Hohe Standards bei sozialer Gerechtigkeit, Klima- und  
394 Naturschutz sowie Menschenrechten bewahren gleichzeitig die heimische Wirtschaft  
395 vor einem schädlichen Unterbietungswettbewerb und schützen vor Ausbeutung oder  
396 Umweltzerstörung in anderen Ländern. Wir verhandeln entsprechend folgender  
397 Prinzipien: rechtsverbindliche und einklagbare ökonomische, soziale und  
398 ökologische Standards, eine Verankerung des Vorsorgeprinzips, eine verbindliche  
399 Verankerung des Pariser Klimaabkommens, der zentralen Arbeitsschutzkonventionen  
400 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Übereinkommens zur  
401 biologischen Vielfalt, der Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von  
402 Schiedsgerichten sowie der Begrenzung von zukünftigen Investitionsabkommen auf  
403 direkte Enteignung und Diskriminierung.

404 Die EU-Lieferkettenrichtlinie ist eine große Errungenschaft: Verbraucher\*innen  
405 in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen, frei von  
406 Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind. Wir sorgen dafür, dass die  
407 Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird.

408 Unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen erfordern entschiedenes Handeln –  
409 deshalb setzen wir uns, wo es geboten ist, bei der EU-Kommission für  
410 Ausgleichszölle ein, etwa auf Stahl. Wir stärken der EU-Kommission in ihren  
411 Verhandlungen mit China über Dumping von E-Autos den Rücken, um die Interessen  
412 der europäischen Industrie zu wahren. Die Schlupflöcher im Zollrecht müssen  
413 geschlossen werden, durch die besonders asiatische Onlinehändler wie Temu  
414 unsichere Wegwerfprodukte am Zoll vorbeischleusen und europäische Hersteller  
415 unterbieten. Wer dauerhaft illegale Produkte im großen Stil nach Europa  
416 einführt, muss nach dem EU-Gesetz über digitale Dienstleistungen sanktioniert  
417 werden. Wir werden den europäischen CO<sub>2</sub>-Zoll CBAM durch eine Ausweitung des  
418 Anwendungsbereichs, eine Berücksichtigung der Gesamtemissionen des Herstellers  
419 im Herkunftsland und die Nutzung von Standardwerten praxistauglicher und  
420 effektiver gestalten. Damit er die Wettbewerbsnachteile ausgleicht, die  
421 europäischen Industrieunternehmen gegenüber Herstellern aus Ländern ohne CO<sub>2</sub>-  
422 Preis entstehen.

423 Strategisch wichtige Branchen werden wir mit einem neuen  
424 Investitionsprüfungsgesetz vor Übernahmen schützen. Um unsere Unabhängigkeit und

425 ungestörte Lieferketten zu sichern, gehen wir bei Ausschreibungen in Sektoren  
426 mit hoher Abhängigkeit entsprechend der Resilienzvorgaben des Net-Zero Industry  
427 Acts vor. Staatliche Förderprogramme für den Kauf von Produkten wie E-Autos  
428 werden wir künftig für Produkte gewähren, die größtenteils auch in Europa mit  
429 seinen hohen sozialen und ökologischen Standards produziert wurden.

## 430 **Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft**

431 Eine nachhaltige, unabhängige und wettbewerbsfähige Wirtschaft erfordert sowohl  
432 eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen als auch den Übergang zu einer  
433 effektiven Kreislaufwirtschaft im Einklang mit den planetaren Grenzen, die  
434 Ressourcen spart und Müll vermeidet. Auch für das Erreichen der Klimaziele sind  
435 wir auf eine verlässliche Versorgung mit Rohstoffen angewiesen.

436 Unser Ansatz für mehr Rohstoffsicherheit basiert auf vier Säulen. Erstens wollen  
437 wir den Verbrauch von Primärrohstoffen senken und langfristig halbieren. Der  
438 Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energierohstoffe, Rohstoffeffizienz und –  
439 wo möglich – der Ersatz von Rohstoffen, ebenso wie der gezielte Einsatz von  
440 Recyclingrohstoffen sind der Schlüssel dafür. Zweitens fördern wir Recycling und  
441 den Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Drittens setzen wir auf  
442 heimischen und europäischen Bergbau, auch mit einem modernisierten,  
443 umweltschonenden Bergrecht. Und viertens entwickeln wir eine nachhaltige  
444 Rohstoffaußenpolitik und schließen neue Rohstoffpartnerschaften.

445 Niemand hat Lust, ständig Dinge wegzuerwerfen und große Mengen an Müll zu  
446 produzieren. Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen  
447 eine wirtschaftliche Chance, von der Wasserflasche über das Smartphone bis zum  
448 Wohnhaus. Sie braucht die richtigen regulatorischen und ökonomischen  
449 Rahmenbedingungen, mehr Materialstandardisierung und gleiche  
450 Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Ein digitaler Produktpass  
451 schafft bessere Informationen über die Materialien, die in einem Produkt  
452 stecken. Dafür werden wir jetzt die Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen. Wir  
453 haben uns auf europäischer Ebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass Produkte  
454 langlebig und reparaturfreundlich hergestellt werden.

## 455 **Für einen starken Verbraucherschutz**

456 Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich  
457 Verbraucher\*innen verlassen können. Gerade in Zeiten steigender  
458 Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben  
459 einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug  
460 zu schützen.

461 Gentechnikfreie Lebensmittel sind für viele Verbraucher\*innen wichtig. Damit das  
462 möglich bleibt, müssen alle, die gentechnikfrei arbeiten wollen, das auch in  
463 Zukunft können. Dafür ist entscheidend, dass es keine Patente auf Leben gibt:  
464 Pflanzen, Tiere, Saatgut und Gene dürfen nicht patentiert werden, auch nicht in  
465 digitalisierter Form. Und es braucht eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch  
466 verändertes Saatgut und Lebensmittel.

467 Steigende Energiepreise und die notwendige Energie- und Wärmewende stellen  
468 Verbraucher\*innen vor große Herausforderungen. Wir werden einen wirksamen Schutz  
469 vor Wärme- und Stromsperren auf den Weg bringen. Damit für Stromkund\*innen  
470 schnell und einfach sichtbar wird, ob sie aufgrund eines überteuerten  
471 Altvertrags Monat um Monat zu viel für ihren Strom bezahlen, machen wir die  
472 Angabe des durchschnittlichen Strompreises für Neukund\*innen auf der  
473 Energierechnung verpflichtend. Dann weiß jede und jeder, wann sich ein Wechsel  
474 besonders lohnt. Das wirkt als Teuer-Bremse für Stromtarife.

475 Wenn es ums Geld geht, sind transparente und einfach verständliche Informationen  
476 besonders wichtig. Deshalb bedarf es beim finanziellen Verbraucherschutz  
477 besonders hoher Standards und einer fairen und unabhängigen Finanzberatung. Im  
478 Zentrum steht der Schutz von Kleinanleger\*innen. Die Bundesanstalt für  
479 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wollen wir auch beim Schutz vor  
480 Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht nehmen. Zudem setzen wir auf  
481 transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für  
482 nachhaltige Finanzprodukte.

483 Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und  
484 Verbraucher\*innen – etwa bei der Nutzung von Kreditkarten – wollen wir mithilfe  
485 innovativer Wettbewerber und des Wettbewerbsrechts günstiger machen.

## 486 **B. Ein modernes und digitales Land**

### 487 **Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert**

488 Für die Herausforderungen im Heute und Morgen wollen wir unseren Staat besser  
489 aufstellen und bieten dafür den demokratischen und föderalen Partnern die Hand  
490 für eine Staatsreform. Darunter verstehen wir unter anderem, dass die Aufgaben  
491 und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt  
492 und auch klarer gestaltet werden, zum Beispiel im Sozialleistungsbereich. Wir  
493 setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt Doppelstrukturen und Gegeneinander.  
494 Der Bund sollte bei Gesetzen und Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung  
495 auf Länder und Kommunen übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln.  
496 Länder und Kommunen brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln  
497 wie auch für konkrete Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit  
498 gesetzlich geregelte Leistungen wie Elterngeld oder Wohngeld einen digitalen  
499 Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die Leistungserbringung vor Ort  
500 nutzen können. Durch solche zentralen Serviceeinheiten kann der Bund  
501 Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die Verwaltung vor Ort auf die  
502 Beratung konzentrieren kann. Den Auftakt für diese Reformprozesse könnten die  
503 Diskussionen in einem Bürgerrat geben.

504 Die Gesetzgebung des Bundes muss praxistauglicher und weniger kompliziert  
505 gestaltet werden. Die Digital- und Praxischecks wollen wir dafür ausbauen. Bei  
506 neuen Gesetzgebungsvorhaben ist das zugrunde liegende Stammgesetz zu  
507 modernisieren, sind Leistungen zu pauschalisieren sowie Experimentierräume und

508 Reallabore vorzusehen. Die Bundeshaushaltsordnung und ihre Anlagen wollen wir  
509 entschlacken, ohne die Fehlverwendung öffentlicher Gelder zu begünstigen.

510 Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI, kann  
511 der Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden. So verkleinern wir  
512 auch die Ministerialverwaltung des Bundes und stärken die  
513 Umsetzungsverantwortung der nachgeordneten Bundesbehörden. Dies ist in Zeiten  
514 des Fachkräftemangels und unbesetzter Stellen dringend nötig.

## 515 **Für eine serviceorientierte Verwaltung**

516 Wir werden unsere öffentliche Verwaltung konsequent modernisieren,  
517 digitalisieren und an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

518 Bürger\*innen sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe kommunizieren  
519 können. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die  
520 Deutschland-App einführen, in der schrittweise alle staatlichen  
521 Verwaltungsangebote sicher, barrierefrei und anwendungsfreundlich zur Verfügung  
522 stehen sollen. In dieser App kann man künftig mit wenigen Klicks einen  
523 Personalausweis beantragen oder die neue Wohnung anmelden. Die App dient als  
524 einfache Bedienungsfläche für die Bürger\*innen und als Zielbild für die  
525 deutsche Verwaltungsdigitalisierung. Im Hintergrund der App bauen wir eine  
526 moderne, modulare und standardisierte IT-Architektur, bei der die  
527 Verwaltungsdomänen von Bund, Ländern und Kommunen sinnvoll ineinandergreifen.

528 Die Beschäftigten in den Behörden sind motiviert, sie packen an und wollen  
529 Prozesse besser machen. Uns geht es darum, sie zu entlasten und mehr Effizienz  
530 zu ermöglichen: Wir gehen mit einer Innovationskultur in der Verwaltung voran,  
531 die offen ist für antragslose Verfahren, risikobereite Entscheidungen,  
532 Experimentierfreude und den Einsatz moderner Technik. Dafür erhöhen wir die  
533 Ermessensspielräume der Entscheider\*innen. Wir ermöglichen den Einsatz von  
534 Automatisierung und KI-Anwendungen überall, wo sie hilfreich und sinnvoll sind.  
535 Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die  
536 Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen Datentools  
537 vorhalten, bei denen Bürger\*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal  
538 einpflegen müssen. Dann müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf  
539 selbst zurückgreifen. Das verschlankt persönliche Meldungen, Berichtspflichten  
540 und Kontrolldaten in der Landwirtschaft. Dafür brauchen wir auch eine sichere  
541 eigene Cloud in Deutschland.

## 542 **Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung**

543 Die Digitalisierung zu gestalten, ist für unser Zusammenleben und unseren  
544 Wohlstand zentral. Bisher ist das in Deutschland nicht ausreichend gelungen.  
545 Dies liegt auch an der Zersplitterung der Zuständigkeiten dafür und der  
546 fehlenden Ressourcenbündelung. Deswegen braucht es eine Bündelung von  
547 Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung. Damit gehen  
548 wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die europäische und internationale  
549 Digitalpolitik und die Entwicklung einer Open-Source-Strategie fokussiert an.  
550 Für den Digitalen Staat wollen wir zentrale digitale Dienste wie die BundID und



551 die Deutschland-App vorantreiben. Den Digitalcheck als aktives und begleitendes  
552 Instrument der Gesetzgebung entwickeln wir weiter und gestalten die  
553 Digitalisierung nachhaltig.

554 Der Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands liegt in der  
555 Überwindung der Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen,  
556 Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität. Nur dann können  
557 Prozesse durchgängig digital ohne Handarbeit oder Medienbrüche abgewickelt  
558 werden. Diese Art der Vernetzung ist zu sehr vernachlässigt worden. Wir werden  
559 offene Standards fördern und dabei Entwickler\*innen, Zivilgesellschaft und KMU  
560 stets miteinbeziehen. Diese Standards sollen ohne Lizenzgebühren frei nutzbar  
561 sein. Wir denken Interoperabilität und digitale Kooperation weiter, nämlich als  
562 eine notwendige Grundlage, um die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und  
563 Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft zu stärken.

564 Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität  
565 zu heben, muss die Umsetzung des Datenschutzes einfacher und weniger  
566 bürokratisch werden. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und  
567 einheitlicher umgesetzt werden – auch um Doppelregulierung und unklare  
568 Zuständigkeiten zu vermeiden. Eine Reform beim Datenschutz hin zu  
569 Einheitlichkeit, Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die  
570 Bündelung von Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei  
571 einzelnen Aufsichtsbehörden.

572 Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere  
573 Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-  
574 Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative  
575 Verlegungsmethoden erleichtern und Open Access fördern. Für ländliche Gebiete und  
576 strukturschwache Regionen werden wir die staatliche Gigabitförderung erhöhen.  
577 Wir stärken die Rechte von Verbraucher\*innen auf schnelles Internet, indem wir  
578 die Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes  
579 Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.

## 580 **Für einen Deutschlandfonds und eine Reform der** 581 **Schuldenbremse**

582 Wir werden in der Regierung entschlossen die Investitionen in tragfähige  
583 Infrastrukturen nachholen, die unser Land so dringend braucht. Die schwarze Null  
584 im Haushalt wurde mit einem Kredit bei der Zukunftsfähigkeit unseres Landes  
585 erkaufte. Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen  
586 errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen  
587 pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas und Schulen sanieren, in denen Chancen  
588 für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Technologien und den  
589 Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in  
590 ihre Zukunft ermöglichen.

591 Der Investitionsstau in Deutschland liegt im dreistelligen Milliardenbereich.  
592 Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form verhindert Investitionen und andere  
593 Maßnahmen, die unsere stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die  
594 notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres

595 Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir  
 596 die Schuldenbremse reformieren. Wir schaffen damit neue finanzielle Spielräume,  
 597 die wir angemessen zwischen Bund und Ländern verteilen werden. Zugleich werden  
 598 wir sicherstellen, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Das  
 599 raten auch die führenden Wirtschaftsinstitute wie der Internationale  
 600 Währungsfonds (IWF), die Bundesbank oder der Sachverständigenrat der  
 601 Bundesregierung.

602 Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat,  
 603 haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet. Bis zur Umsetzung  
 604 einer Reform der Schuldenbremse wollen wir mit dem Deutschlandfonds der jüngeren  
 605 Generation ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land sowie eine  
 606 wettbewerbsfähige Volkswirtschaft garantieren, statt ihnen aufgeschobene Lasten  
 607 und marode Infrastrukturen zu hinterlassen. Bürger\*innen wollen wir ermöglichen,  
 608 sich an diesen Investitionen zu beteiligen.

609 Investitionen in Klima- und Umweltschutz sowie in Verkehrs-, Energie-, Bildungs-  
 610 und Forschungsinfrastruktur sowie in die nationale Sicherheit haben für uns  
 611 dabei Priorität. Klar ist auch: Bei sogenannten konsumtiven Ausgaben bleibt es  
 612 bei den derzeit strikten Regeln. Das bedeutet zum Beispiel: Die energetische  
 613 Sanierung des Schulgebäudes kann kreditfinanziert werden, das Gehalt des  
 614 Lehrpersonals muss aus dem regulären Etat kommen. So hinterlassen wir der jungen  
 615 Generation keine unnötigen Schulden und vermeiden zugleich versteckte Schulden.  
 616 Denn auch unterlassene Investitionen sind eine Bürde für die junge Generation.

617 Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige  
 618 Zukunftsinvestitionen zu erhöhen. Er ist aber kein Ersatz für die Aufgabe, im  
 619 Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit den vorhandenen Einnahmen  
 620 umzugehen. Denn viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung oder stärkere  
 621 Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt  
 622 entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher\*innen in  
 623 Arbeit bringen. Zudem wollen wir die Verwaltung durch die weitere  
 624 Digitalisierung verschlanken. Und wir wollen insbesondere klima- und  
 625 umweltschädliche Subventionen abbauen.

626 Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den  
 627 tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige  
 628 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Das aktuelle System des  
 629 Bund-Länder-Finanzausgleichs werden wir in seiner jetzigen Form beibehalten.

## 630 **C. Ein Klima, in dem wir gut leben können**

### 631 **Für ein stabiles und sicheres Klima**

632 Die Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen darauf  
 633 verständigt, die Klimakrise einzudämmen. Alle großen Länder mit hohen  
 634 Treibhausgasemissionen haben sich auf diesen Weg gemacht – darauf kommt es an.  
 635 Die EU ist nach den USA und China aktuell der drittgrößte Emittent von  
 636 klimaschädlichen Emissionen. Es kommt also auch auf unser gemeinsames Handeln

637 an. Wir haben uns in der EU deshalb gemeinsam auf ein Ziel verpflichtet: Europa  
638 soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

639 Mit dem europäischen Green Deal haben wir in den vergangenen drei Jahren große  
640 Fortschritte auf dem Weg zu einem stabilen und sicheren Klima erzielt und  
641 gleichzeitig begonnen, die europäische Wirtschaft und Industrie zu  
642 modernisieren. Das wirkt: Die EU ist auf Kurs, ihre Klimaziele zu erfüllen.  
643 Jetzt braucht die Wirtschaft Planungssicherheit. Der Green Deal und das „Fit for  
644 55“-Paket müssen nun europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch  
645 umgesetzt werden. Neuer Aufschieberei und Verwässerung stellen wir uns entgegen.

646 Deutschland spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Großen Koalitionen hatten  
647 hohe Klimaschutzziele beschlossen, aber keinen Plan und keine Maßnahmen  
648 entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden. Wir haben Deutschland und Europa  
649 erstmals auf einen Pfad gebracht, diese Lücke zu schließen. Es hängt vom  
650 entschiedenen Handeln der nächsten Bundesregierung ab, ob sie diese Chance nutzt  
651 und die Ziele auch erreicht.

652 Die dafür notwendigen Veränderungen sind anspruchsvoll und haben deshalb auch  
653 viele hitzige Diskussionen, Sorgen und Ängste ausgelöst und neue Fragen  
654 aufgeworfen. Es ist klar: Wir müssen noch mehr dafür tun, damit der Weg  
655 verlässlich ist und alle ihn mitgehen können. Wir machen Klimaschutz einfacher  
656 und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir  
657 gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie  
658 dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte  
659 bis hin zum Ordnungsrecht.

660 Die Anstrengungen lohnen sich: Die klimaschädlichen Emissionen sinken. Erstmals  
661 ist Deutschland auf einem Kurs hin zum Erreichen der Klimaziele. Es kommt nun  
662 darauf an, diesen Kurs zu halten, um weiterhin Verlässlichkeit und  
663 Planungssicherheit herzustellen und eine Orientierung für die klimaneutrale  
664 Modernisierung unseres ganzen Kontinents zu geben.

665 Europa muss nach wissenschaftlichem Rat nun bis 2040 seine  
666 Treibhausgasemissionen um 90 Prozent gegenüber 1990 verringern. Dazu braucht es  
667 entschiedene Anstrengungen und einen bedeutenden Beitrag von Deutschland als  
668 größtes Mitgliedsland mit den höchsten Emissionen und einem hohen Wohlstand. Wir  
669 halten deshalb an den rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität  
670 2045 und den verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energiewende setzen wir  
671 ebenso fort wie den Umstieg auf das klimaneutrale Heizen.

672 Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele.  
673 Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter  
674 intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen. Um das  
675 sicherzustellen, werden wir, wie rechtlich vorgesehen, das aktuelle  
676 Klimaschutzgesetz evaluieren und entsprechend die Verantwortung von Sektoren  
677 stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt. Würden Ziele verfehlt, drohen  
678 Deutschland teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO<sub>2</sub>-Preise, beides wollen  
679 wir für öffentliche Haushalte und Bürger\*innen vermeiden.

## 680 **Für sozial gerechten Klimaschutz**

681 Den Weg zur Klimaneutralität gestalten wir als Weg zu einer gerechteren  
682 Gesellschaft: Von einem erschwinglichen und flächendeckend gut ausgebauten  
683 öffentlichen Verkehr profitieren vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten  
684 können. Elektromobilität sowie der Fuß- und Radverkehr tragen zu besserer  
685 Luftqualität für alle bei. Gut gedämmte Häuser und klimaneutrale Wärme schützen  
686 die Menschen vor steigenden Heizkosten.

687 Der Weg zur Klimaneutralität ist also mit vielen Vorteilen verbunden, aber er  
688 bedarf auch großer Investitionen – sei es bei der Installation neuer  
689 Heizungsanlagen, der Wärmedämmung, dem Einbau eines Energiespeichers oder dem  
690 Wechsel zum E-Auto. Investitionen brauchen Planungssicherheit und Vertrauen,  
691 gerade im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Fördermitteln. Dahin wollen wir mit  
692 einer berechenbaren Haushaltspolitik zurück. Viele Menschen werden diese  
693 Investitionen ohne Unterstützung nicht leisten können. Die Finanzierung der  
694 Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung ist eine Generationenaufgabe, die  
695 entscheidend für das langfristige menschliche Leben auf diesem Planeten ist und  
696 die deshalb teilweise auch über Kreditaufnahme finanziert werden sollte.

697 Wir achten besonders darauf, dass alle die notwendige Modernisierung mitgehen  
698 können. Damit klimafreundliche Alternativen für alle Menschen erschwinglich  
699 werden, wollen wir in Zukunft Förderprogramme weiter ausbauen und durch soziale  
700 Staffelung insbesondere auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen  
701 zuschneiden. Erste Schritte in diese Richtung haben wir bereits unternommen, zum  
702 Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die Modernisierung  
703 von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und Häusern. Auch den  
704 Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren  
705 Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche  
706 Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich  
707 die europäische Automobilwirtschaft unterstützt. Sie besteht aus einer Ladekarte  
708 für das Tanken an öffentlichen Ladesäulen, einer steuerlichen Förderung für  
709 kleine und mittlere Einkommen und einem Social-Leasing-Programm. Zudem beenden  
710 wir überzogene Preise an Ladesäulen durch scharfe Anwendung des EU-Rechts und  
711 stärken den Verbraucherschutz, sodass Strom und Wärme durch mehr Wettbewerb  
712 bezahlbarer werden.

713 Wir geben ein Sicherheitsversprechen: Alle Menschen mit niedrigen und mittleren  
714 Einkommen bekommen zum Ausgleich einen Großteil der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
715 von Gebäudewärme und Transport als Klimageld zurück. Das Klimageld soll in der  
716 nächsten Legislatur so schnell wie möglich eingeführt werden und dann direkt und  
717 ohne vorherige Beantragung auf das Konto eingehen. Mieter\*innen wollen wir  
718 dauerhaft und verlässlich davor schützen, dass die CO<sub>2</sub>-Kosten einseitig auf sie  
719 umgewälzt werden.

720 Derzeit subventioniert der Staat klimaschädliches Verhalten. Das werden wir  
721 schrittweise abbauen und die frei werdenden finanziellen Mittel für den sozialen  
722 Ausgleich und Klimaschutz verwenden. Betroffene werden wir bei der Anpassung  
723 unterstützen, auf soziale Ausgewogenheit achten und Planungssicherheit geben.

724 Als ersten Schritt werden wir das Dienstwagenprivileg so reformieren, damit es  
725 noch deutlichere Anreize für klimaneutrale Mobilität setzt.

726 Die Klimakrise und damit verbundene Extremwetter wie Überschwemmungen oder  
727 Dürren führen zu immer größeren Schäden. Zugleich machen Ölkonzerne, die  
728 maßgeblich für die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind, weiter  
729 gigantische Gewinne. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer  
730 einen Beitrag zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise leisten und Bürger\*innen,  
731 Landwirt\*innen und Unternehmen nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen.  
732 Auch in Deutschland gilt für uns ganz klar das Verursacherprinzip. Das bedeutet,  
733 dass beispielsweise die Folgekosten des Kohlebergbaus nicht auf die  
734 Allgemeinheit fallen dürfen.

735 Weltweit und bei uns zu Hause: Es sind die Ärmsten, die am stärksten unter den  
736 Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein  
737 Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter  
738 Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit  
739 entgegen.

## 740 **Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie**

741 Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft,  
742 Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist  
743 auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden  
744 zunehmend elektrisch. Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und  
745 bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom bei Menschen und  
746 Unternehmen ankommt.

747 Die vergangenen Jahre sind wir auf diesem Weg einen riesigen Schritt  
748 vorangekommen: 2024 kamen circa 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren  
749 Quellen, 2021 waren es erst 40 Prozent. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent  
750 erreichen; 2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt.  
751 Eigentümer\*innen, Mieter\*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große  
752 bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben  
753 können. Dazu werden wir auch in Zukunft dezentrale Erzeuger von Solar- und  
754 Windenergie sowie Speicher, Elektrolyseure durch konsequenten Bürokratieabbau,  
755 Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützen. Mit Energy  
756 Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch  
757 einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.

758 Erneuerbare Energien liefern enorm günstig, aber nicht gleichmäßig Strom. Daher  
759 müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander  
760 abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere  
761 Netznutzung, dezentrale Preissignale ohne eine Aufteilung der Gebotszone,  
762 Speichern aller Arten, eine neue Generation von wasserstofffähigen und flexibel  
763 einsetzbaren Kraftwerken und die effiziente Ausnutzung der enormen  
764 Flexibilitätspotenziale von Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten  
765 Verbraucher\*innen. Wir setzen uns für einen leistungsfähigen europäischen  
766 Strombinnenmarkt ein und bauen die Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn

767 aus. Außerdem setzen wir auf die konsequente Digitalisierung des Energiesektors.  
768 Mit digitalen und flexiblen Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden  
769 künftig die Bürger\*innen in die Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne  
770 den Strom per Batterie oder Wärmepumpe systemdienlich zu speichern, die  
771 Waschmaschine laufen oder das E-Auto laden zu lassen. Damit kann jede und jeder  
772 Geld sparen und von den Vorteilen der erneuerbaren Stromwelt direkt profitieren.  
773 Zugleich sinken die Kosten im Gesamtsystem.

774 Notwendig sind dazu auch neue Regeln, wie unser Strommarkt funktioniert.  
775 Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen  
776 von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum  
777 effizienten Stromverbrauch einhergehen. Damit ermöglichen wir einen zunehmend  
778 sich selbst tragenden Ausbau von Sonne, Wind und Speichern sowie sonstiger  
779 Infrastruktur und entlasten Strompreise und Bundeshaushalt.

780 Gerade weil der Umbau zum klimaneutralen Stromsystem hohe Investitionen  
781 erfordert, achten wir besonders auf die Kosten. Wir senken die  
782 Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und  
783 intelligente Regulierung. Für neu zu planende Hochspannungsgleichstromleitungen  
784 werden wir die einfacheren Freileitungen wieder zum Standard machen und  
785 Erdverkabelung nur noch bei besonderen örtlichen Erfordernissen nutzen. Wir  
786 setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu  
787 finanzieren und Strom damit für Verbraucher\*innen und Unternehmen billiger zu  
788 machen. Die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde für die  
789 Verbraucher\*innen bereits abgeschafft und wird nun vollständig aus dem Haushalt  
790 finanziert. Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische  
791 Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die  
792 Netzentgelte zu senken.

793 Fossile Energieerzeugung ist ein Auslaufmodell. Gerade damit die Kohleregionen  
794 Planungssicherheit haben und der Strukturwandel geordnet unterstützt werden  
795 kann, halten wir daran fest, alle verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht  
796 mehr zu befeuern. Wir stehen für eine endgültige Absage an die Gasförderung in  
797 ganz Deutschland – an Land wie auf dem Meer. Eine Rückkehr zur Atomkraft ist  
798 weder für das Erreichen der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit  
799 notwendig – zudem scheiden neue Atomkraftwerke wegen der extrem langen Planungs-  
800 und Bauzeiten, der hohen finanziellen Risiken und der Ewigkeitskosten als  
801 realistische Option ohnehin aus. Der lange geplante und parteiübergreifend  
802 beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Die Suche eines  
803 verlässlichen Endlagers bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land  
804 stellen muss.

## 805 **Für verlässliche und bezahlbare Wärme**

806 Der Einstieg in eine verlässliche und klimafreundliche Wärme ist jahrelang  
807 verschlafen worden. Jetzt sind die Weichen richtig gestellt. In den nächsten  
808 Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen Menschen  
809 den schrittweisen Umstieg auf klimafreundliches und bezahlbares Heizen zu  
810 ermöglichen.

811 Wir geben mit dem bestehenden Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis  
812 zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen den  
813 Eigenheimbesitzer\*innen, der Wirtschaft sowie den Mieter\*innen und  
814 Vermieter\*innen die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen  
815 klimafreundlichen Heizung, wie der Wärmepumpe, bis 2045. Die Unterstützung auf  
816 diesem Weg werden wir ausbauen. Ebenso ausbauen werden wir die Energieberatung.  
817 Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.

818 Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und  
819 bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten können sie  
820 dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme zu  
821 versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung  
822 und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern,  
823 Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die  
824 Erzeugung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieerzeugern vor Ort stärken.  
825 Ein gleichzeitig starker Verbraucherschutz ist dafür Voraussetzung. Durch die  
826 Einführung einer Preisaufsicht wollen wir den Verbraucherschutz bei der  
827 Fernwärme, die vor allem von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken.  
828 Mögliche Preisanstiege bei der Fernwärme wollen wir analog zu den Regelungen im  
829 Gebäudeenergiegesetz begrenzen. Außerdem werden wir privates Kapital für den  
830 Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche  
831 Bürgschaften senken.

832 Die Wärmewende kann sich auf eine Vielzahl von Technologien stützen.  
833 Entscheidend ist für uns jedoch, dass sich Verbraucher\*innen auf  
834 Klimafreundlichkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit verlassen können und sie  
835 nicht mit falschen Versprechen in Heiztechnologien investieren, mit denen sie  
836 einige Jahre später in der Kostenfalle landen.

## 837 **Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima**

838 Dürren und Hitzeperioden, Waldbrände, Überschwemmungen und Starkregen kosten  
839 Menschenleben, zerstören Wohnhäuser, Straßen und Brücken, schädigen die  
840 Landwirtschaft und unsere Lebensmittelerzeugung. Indem wir unser Wirtschaften  
841 und Leben klimaneutral gestalten, bekämpfen wir ihre Ursachen. Aber im Angesicht  
842 der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise müssen wir weitaus stärker  
843 Vorsorge leisten. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch  
844 davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die  
845 Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale  
846 Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

847 Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir Bund, Länder und Kommunen in Deutschland  
848 verpflichtet, diese Aufgabe anzugehen. Die Kommunen tragen die Hauptlast der  
849 Anpassungen, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen. Deswegen wollen wir  
850 Klimavorsorge zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und mehr  
851 Bundesmittel für die Anpassung bereitstellen.

852 Die vernichtende Ahrtaflut 2021 oder die zerstörerischen Fluten in Osteuropa  
853 2024 führen uns vor Augen, wie verletzlich unsere Gesellschaft besonders  
854 angesichts von Hochwasserkatastrophen ist. Deshalb werden wir den

855 Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Zusätzlich brauchen wir  
856 Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume wie Auenwälder oder  
857 Erlenbrüche. Flüsse und ihre natürlichen Auen werden wir im Interesse des  
858 Hochwasserschutzes stärken und ihnen, wo immer möglich, durch Renaturierungen  
859 mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie starke  
860 Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten  
861 Katastrophenschutz. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir  
862 sozialverträglich ausweiten.

863 Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen  
864 und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung,  
865 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün, Wasserflächen und öffentlichen  
866 Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen,  
867 speichern und im Sommer kühlend wirken.

## 868 **D. Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land** 869 **zusammen**

### 870 **Für schnelles, nachhaltiges und sicheres Fortkommen**

871 Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden  
872 über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem  
873 Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen,  
874 Wirtschaft und Umwelt. Zugleich ist unser Verkehrssystem noch weit davon  
875 entfernt, seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Das ändern wir  
876 durch ein leistungsfähiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren  
877 Signal hin zur klimafreundlichen E-Mobilität.

878 Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundsanierung  
879 unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir  
880 stark beschleunigt. Jetzt gilt es, das mit dem Deutschlandfonds verlässlich zu  
881 finanzieren und so Wirklichkeit werden zu lassen, dass der Verkehrssektor seine  
882 Klimaziele erfüllen kann. Während unser Schienennetz deutschlandweit einen  
883 deutlichen Ausbau braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut  
884 ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen  
885 integrierten Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale  
886 und flächenschonende Mobilität bis zum Jahr 2045 ist. Verkehrswege wollen wir  
887 erhalten und sanieren, das Schienennetz massiv ausbauen, stillgelegte  
888 Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren  
889 und ein bundesweites Netz von Radschnellwegen finanzieren.

890 Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu modernisieren, unterstützen wir  
891 die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel  
892 E-Kerosin, fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen  
893 Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen, insbesondere einer  
894 klimaneutralen Landstromversorgung. Inlandsflüge wollen wir durch eine  
895 Verbesserung der Bahn überflüssig machen.



896 Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich  
897 unterwegs sein können, egal mit welchem Verkehrsmittel. Mobil auf dem Land setzt  
898 vielerorts ein eigenes Auto voraus. Wir wollen den öffentlichen Verkehr so  
899 entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto  
900 wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse können den  
901 Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Bis zur nächsten Bundestagswahl wollen wir,  
902 dass dies exemplarisch in mindestens zehn Landkreisen Wirklichkeit wird.

903 Wir wollen, dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle  
904 sicher an ihr Ziel kommen. Das ist nur erreichbar, wenn überhöhte  
905 Geschwindigkeiten reduziert werden. In der Regierung haben wir mit der Reform  
906 des Straßenverkehrsrechts für Kommunen in einem ersten Schritt die Chance  
907 geschaffen, leichter Tempo 30 anzuordnen und den Fuß- und Radverkehr zu stärken.  
908 Als einziges Land weltweit erlaubt Deutschland das unbegrenzte Rasen auf  
909 Autobahnen – zum Schaden von Menschenleben und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von  
910 130 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Den  
911 Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße wollen wir auf europäisches Niveau  
912 bringen.

913 Um Verkehrsräume attraktiver zu gestalten, Barrierefreiheit auszuweiten und die  
914 Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen zu erhöhen, wollen wir Stadtumbau  
915 stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern. Unser Leitbild dabei ist die  
916 Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.

## 917 **Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn**

918 Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschungel im öffentlichen  
919 Personennahverkehr (ÖPNV) gelichtet, Millionen von Kund\*innen entlastet und ein  
920 attraktives Angebot entwickelt: Bus und Bahn im Nahverkehr sind heute so günstig  
921 wie nie zuvor. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das  
922 Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel  
923 ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen.  
924 Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbünde Regelungen treffen, um junge  
925 Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Solche  
926 Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.

927 Wir werden das Nahverkehrsangebot in Deutschland weiter verbessern, um die  
928 Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen bis 2040 zu verdoppeln.  
929 Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder und Kommunen  
930 für den Nahverkehr weiter steigern. Der öffentliche Nahverkehr soll  
931 mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen  
932 Taktverkehren garantieren. Unser mittelfristiges Ziel ist, alle Dörfer in der  
933 Zeit von 6 bis 22 Uhr mindestens einmal pro Stunde anzubinden.

934 Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert, bequem  
935 und klimaneutral zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der Anfang ist  
936 gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn, Takte werden verbessert und neue Züge  
937 eingesetzt. Unser Ziel ist der Deutschlandtakt, der Städte und Regionen  
938 regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet. Das Schienennetz, das wir  
939 marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im

940 erforderlichen Maß ausbauen. Auch für den Schienengüterverkehr wollen wir  
941 Kapazitäten, zum Beispiel im Kombiverkehr, ausbauen und die Verlagerung von  
942 Straßentransport auf die Schiene fördern.

### 943 **Für gleichwertige Lebensverhältnisse**

944 In den ländlichen Regionen ruht viel Kraft unseres Landes. In manchen haben  
945 Unternehmen Firmensitze, die Weltmarktführer sind, andere sind geprägt durch  
946 einzigartige Naturschätze. Sie alle haben eine eigene regionale Kultur und  
947 lokale Traditionen. Es gilt ihre Vielfalt zu schützen und die Gleichwertigkeit  
948 der Lebensverhältnisse zu verbessern.

949 Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können,  
950 braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit  
951 erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen  
952 schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und  
953 Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden  
954 selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. Eine  
955 digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für  
956 wirtschaftliche Innovation – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das  
957 heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne Funklöcher. Mit digitalen  
958 Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe verbunden und gestärkt werden.

959 Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare  
960 medizinische Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in denen  
961 Ärzt\*innen, Pflegekräfte und Therapeut\*innen unter einem Dach arbeiten, können  
962 in vielen Regionen das Angebot verstärken. Lebendige Ortskerne und offene  
963 Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und  
964 Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende  
965 Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge  
966 Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

## 967 **E. Eine Natur, die wir schützen**

### 968 **Für eine intakte Natur**

969 Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst:  
970 heute und in Zukunft. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind wir  
971 diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben die Naturschutzfinanzierung in  
972 Deutschland vervielfacht. Das wollen wir verstetigen, erweitern und inhaltlich  
973 fortentwickeln und damit die Mittel für den natürlichen Klimaschutz über 2028  
974 hinaus anwachsen lassen.

975 Europäisch ist ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der  
976 Natur. Das werden wir bis 2030 auf 20 Prozent der Fläche an Land und im Meer  
977 umsetzen. Dafür werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur  
978 gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen, denn auch sie liegen in einem  
979 überragenden gesellschaftlichen Interesse. Dazu wollen wir einen Schub für den  
980 Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische

981 und schnellere Ausweisung von Naturschutzgebieten und zusammenhängende  
982 Biotopverbünde und Großschutzgebiete nach dem Vorbild des ostdeutschen  
983 Großschutzgebietsprogramms nach der Wende. Frei fließende Flüsse, naturnahe  
984 Bäche und wilde Weiden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein und müssen – wo  
985 immer möglich – erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Den  
986 unnatürlichen Ausbau der Flüsse, wie er zum Beispiel an der Mittelelbe oder im  
987 Odertal geplant ist, lehnen wir ab.

988 Unsere Verantwortung für besonders typische Lebensräume wie das Wattenmeer,  
989 Buchenwälder und Streuobstbestände sowie für besonders bedrohte Arten wie die  
990 Wildkatze oder den Feuersalamander werden wir durch Artenhilfsprogramme und  
991 besondere Schutzmaßnahmen wahrnehmen. Den Bundesnaturschutzfonds werden wir  
992 weiter stärken.

993 Um dies alles umzusetzen, braucht es mehr Unterstützung für die  
994 Zivilgesellschaft, insbesondere in ländlichen Räumen. Denn der Erfolg des  
995 Aktionsprogramms zeigt: Die Menschen und die Kommunen wollen mehr Natur – es  
996 sind die Engagierten und Organisationen vor Ort, die sehr oft der Motor des  
997 Natur- und Artenschutzes sind.

998 Die Staatengemeinschaft hat vor zwei Jahren in Montreal eine globale  
999 Vereinbarung für den Schutz der Natur und Artenvielfalt mit ambitionierten  
1000 Zielen beschlossen – das ist auch für uns ein klarer Auftrag, für den Erhalt und  
1001 die Wiederherstellung intakter Ökosysteme zu arbeiten. Mit einer verbindlichen  
1002 Nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir diese Ziele national umsetzen.

1003 Dort, wo wir durch den Artenschutz bereits nachhaltige Erfolge erzielt haben,  
1004 sind wir auch offen für pragmatische Herangehensweisen, um existierenden  
1005 Zielkonflikten gerecht zu werden. Indem wir beispielsweise beim Wolf die Regeln  
1006 für Abschüsse in problematischen Fällen vereinfacht haben, erhöhen wir die  
1007 Akzeptanz des Artenschutzes als Ganzes.

1008 Unsere Wälder sind wichtig für die Artenvielfalt und Verbündete beim  
1009 Klimaschutz. Gleichzeitig sind sie Erholungsraum und Grundlage für die  
1010 forstwirtschaftliche Nutzung. Aber wir erleben ein zweites Waldsterben.  
1011 Klimawandel, Trockenheit und Schädlingsbefall haben inzwischen dazu geführt,  
1012 dass Wälder mehr CO<sub>2</sub> emittieren als senken. Wir werden deshalb naturnahe Wälder  
1013 mit heimischen und standortgerechten Baumarten erhalten und wiederherstellen. Um  
1014 das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz,  
1015 das natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht.

## 1016 **Für eine gesunde Umwelt**

1017 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und  
1018 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer  
1019 natürlichen Lebensgrundlagen. Mit sauberen Böden, frischer Luft und  
1020 Rückzugsorten, an denen man auch mal seine Ruhe genießen kann, sorgen wir für  
1021 mehr Lebensqualität. Ob dreckige Luft oder Lärm, wir wollen die Leitlinien der  
1022 Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes  
1023 Leben in Deutschland und Europa machen. Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz

1024bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21. Jahrhundert. Dies bedeutet weniger  
1025giftige Rückstände im Boden und einen insgesamt rücksichtsvolleren Umgang aller  
1026Nutzer\*innen, um die Kraft unserer Böden zu entfesseln.

1027Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die Vermüllung  
1028von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker  
1029an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen. Spätestens ab 2045 soll kein  
1030vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.

1031Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien  
1032(REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen. Wir unterstützen einen  
1033risikobasierten Ansatz, der die Wechselwirkungen der Chemikalien berücksichtigt.  
1034Wichtig sind uns dabei die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der  
1035Sanktionsmöglichkeiten. Stoffe, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen,  
1036wie die sogenannten Ewigkeitschemikalien nehmen wir besonders in den Blick.  
1037Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in  
1038verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen.

1039Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen.  
1040Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die  
1041Verantwortung nehmen. Der Vermüllung von Flüssen und Meeren wollen wir durch  
1042Abwassermanagement entgegenreten, Nährstoffeinträge reduzieren und die  
1043Verhandlungen für ein internationales Plastikabkommen erfolgreich abschließen.  
1044Meere schützen wir auch durch ein Ende der Öl- und Gasförderung in Nord- und  
1045Ostsee bis 2035. Wir wollen Technik fördern, die eine Bergung der  
1046Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein umweltverträgliches Abfischen von  
1047Müll aus dem Meer ermöglicht.

## 1048 **Für sauberes Wasser und lebendige Meere**

1049Sauberes Wasser ist zentral für unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und das  
1050Funktionieren unserer Ökosysteme. Verschmutzung und die Klimakrise bedrohen  
1051unsere Wasserressourcen. Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes  
1052Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen  
1053und Meere intakt bleiben.

1054Mit der Nationalen Wasserstrategie haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir  
1055diese Ziele erreichen. Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen  
1056schaffen, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere  
1057Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können.

1058Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir  
1059Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen,  
1060speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Durch faire Entgelte, besonders  
1061für intensive Nutzer, wollen wir die Nutzung lenken und Unternehmen zum  
1062Wassersparen anregen.

1063Die verletzlichen Ökosysteme unserer Meere brauchen besonderen Schutz – deshalb  
1064entwickeln wir eine ambitionierte Meeresstrategie und schaffen damit echte  
1065Rückzugsgebiete für Fischeschwärme und Meeressäuger. In einem Zehntel der  
1066deutschen Nord- und Ostsee soll die Natur völlig unberührt bleiben, während neue

1067 Schutzregeln auch in den übrigen Gewässern das Leben im Meer bewahren. Weltweit  
 1068 setzen wir uns weiter für ein Moratorium beim Tiefseebergbau ein. Die Einnahmen  
 1069 aus dem Verkauf von Meeresflächen für Windkraftanlagen sollen auch künftig  
 1070 direkt in den Meeresschutz fließen – so verbinden wir umweltfreundliche  
 1071 Stromerzeugung mit dem Schutz der Meere.

1072 Wir fühlen uns dem Schutz des Wattenmeers besonders verpflichtet. Das Wattenmeer  
 1073 ist eines der bioproduktivsten Ökosysteme weltweit. Es ist nicht nur Lebensraum  
 1074 für Schweinswale und Robben, sondern auch eine unersetzliche Nahrungsquelle für  
 1075 zahlreiche Zugvögel und Fischpopulationen. Dieser Schatz der Natur darf durch  
 1076 Gasbohrungen um Borkum nicht zerstört werden.

## 1077 **F. Eine zukunftsfeste Landwirtschaft**

### 1078 **Für starke Landwirtinnen und Landwirte**

1079 Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste  
 1080 Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher  
 1081 Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer  
 1082 zukunftsfesten Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist  
 1083 und das Wissen der Landwirt\*innen.

1084 Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die  
 1085 Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis  
 1086 für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende  
 1087 Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche  
 1088 Leistungen.

1089 Die Wettbewerbsposition von Landwirt\*innen gegenüber anderen Akteuren der  
 1090 Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des  
 1091 Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und  
 1092 verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und  
 1093 Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im  
 1094 oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

1095 Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir  
 1096 werden die Rahmenbedingungen deshalb so gestalten, dass landwirtschaftliche  
 1097 Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.  
 1098 Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt\*innen treiben wir etwa durch  
 1099 den Ausbau von Agri-Photovoltaik sowie die Stärkung von Hanf und auch Schilf als  
 1100 Dämmung im Bausektor voran. Und wir unterstützen Betriebe dabei, in neuen  
 1101 innovativen Märkten wie alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen.

1102 Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten  
 1103 Konsumgewohnheiten und den stetig sinkenden Fleischkonsum, der sich aus  
 1104 tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Gründen vollzieht.  
 1105 Eine gute Prämisse sowohl im Sinne von Unternehmen als auch Tieren ist: weniger  
 1106 Tiere besser halten. Dafür haben wir den Umbau der Ställe für Schweine hin zu  
 1107 einer tiergerechten Haltung so stark gefördert wie keine Bundesregierung zuvor.

1108 Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten Legislatur dafür  
1109 ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle Tierarten zu  
1110 verbessern. Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt  
1111 und ermöglichen Verbraucher\*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese  
1112 Kennzeichnung werden wir auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-  
1113 Verpflegung ausweiten. Kleine Gastronomiebetriebe werden wir ausnehmen.

1114 Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Verbraucher\*innen gefragt. Deshalb  
1115 wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk  
1116 zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler  
1117 Wertschöpfungsketten.

## 1118 **Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung**

1119 Die Auswirkungen der Klimaerhitzung, des Insektensterbens und unseres Umgangs  
1120 mit gesunden Böden sind zentrale Herausforderungen für unsere  
1121 Ernährungssicherheit. Zukunftsfeste Landwirtschaft stellt sich diesen  
1122 Herausforderungen. Dafür braucht es neben mehr Wertschätzung auch genügend  
1123 Wertschöpfung. Unnötige Bürokratie werden wir aktiv abbauen, ohne notwendige  
1124 Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz abzubauen.

1125 Dafür braucht es einen möglichst sparsamen und bedachten Einsatz von Pestiziden  
1126 und Düngemitteln. Der Pestizideinsatz soll EU-weit bis 2030 halbiert werden, um  
1127 die EU-Farm-to-Fork-Strategie umzusetzen. Wir setzen hier auf Innovation,  
1128 Digitalisierung sowie einkommenswirksame Honorierungen von Umweltleistungen. Und  
1129 wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe, die  
1130 wirksam und unbürokratisch ist. Außerdem schaffen wir genügend geschützte  
1131 Rückzugsräume für die Natur. Wir bringen Agroforstsysteme raus aus der Nische  
1132 und rein in die Fläche. Wir unterstützen die Landwirt\*innen dabei, hier Bäume  
1133 und Ackerkultur zu kombinieren. Damit leisten sie einen Beitrag zum Schutz der  
1134 Böden und Artenvielfalt.

1135 Eine wichtige Rolle beim Schutz der natürlichen Grundlagen spielt die  
1136 ökologische Landwirtschaft. Naturschonende Erzeugungsformen müssen einen Vorteil  
1137 gegenüber Produktionsweisen haben, die starke Umweltfolgen nach sich ziehen. Wir  
1138 unterstützen sie daher und arbeiten deshalb weiter an dem Ziel 30 Prozent  
1139 Ökolandbau bis 2030.

1140 Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Dafür  
1141 führen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion ein.  
1142 Bei der Biomasse setzen wir auf die sorgsame Kaskaden- und Mehrfachnutzung.  
1143 Übernutzte und geschädigte Böden gefährden eine gesunde Ernährung. Sie speichern  
1144 weniger Wasser und verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein  
1145 neues Bodenschutzgesetz vorbeugen.

## 1146 **Für gute Ernährung**

1147 Jede und jeder kann selbst entscheiden, was er oder sie essen möchte. Aber nicht  
1148 alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale  
1149 Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte

1150 Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so  
1151 gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird.

1152 Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für  
1153 Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes  
1154 Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über  
1155 Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für  
1156 ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die  
1157 besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen  
1158 stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und  
1159 Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir  
1160 uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein.

1161 Und wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch  
1162 gut sind, weggeschmissen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und  
1163 Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird.

## 1164 **Für einen verbesserten Tierschutz**

1165 Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Die Tiere, die wir nutzen,  
1166 schlachten und essen, sollen keine Qualen erleiden. Das beginnt bei der Zucht  
1167 und endet bei der Haltung. Wir wollen die Zucht leidensfreier Tiere fördern und  
1168 Qualzuchten beenden. Dazu gehören Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst,  
1169 dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten können, und Hunde, die kaum atmen  
1170 können. Tierquälerei soll entschieden bestraft werden. Wir wollen allen  
1171 Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da  
1172 Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere  
1173 rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür muss eine  
1174 Tierschutzbeauftragte bzw. ein Tierschutzbeauftragter, dieses Amt wurde in  
1175 dieser Legislatur geschaffen, verbindlich verankert und ein Verbandsklagerecht  
1176 für anerkannte Tierschutzorganisationen eingeführt werden.

1177 Die meisten Tiere in Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten, viele  
1178 immer noch mit zu wenig Platz und nicht tiergerecht. Deshalb setzen wir uns  
1179 dafür ein, dass dort weniger Tiere besser gehalten werden, sich frei bewegen  
1180 können und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können. Die Dauer von  
1181 Tiertransporten wollen wir europaweit effektiv auf vier Stunden begrenzen,  
1182 Transporte aus der EU heraus verbieten und Wege der Umgehung durch neue  
1183 Transitländer verhindern. Schlachtmethoden wollen wir im Sinne des Tierschutzes  
1184 verbessern.

1185 Tierversuche wollen wir reduzieren und – wo immer möglich – durch innovative,  
1186 tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Das stärkt auch den modernen  
1187 Forschungsstandort Deutschland.

1188 Tierheime sind bundesweit am Limit, sie müssen finanziell besser unterstützt und  
1189 entlastet werden. Illegaler Tierhandel schadet Tieren und erzeugt  
1190 Gesundheitsrisiken für den Menschen und gehört deshalb beendet. Wildtiere  
1191 gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten nicht über gewerbliche

1192 Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle Importe von  
1193 Wildfängen wollen wir beenden.



# ***Einfach dabei sein – fair und bezahlbar***



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.12.2024  
Tagesordnungspunkt: WP-K2 Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

## **Antragstext**

- 1 Die Kraft unseres Landes fußt darauf, dass alle Menschen sich selbstbewusst
- 2 einbringen und entfalten können. Dass ihre Leistung, ihre Erfahrung und ihre
- 3 Kompetenzen etwas zählen und sich der Einsatz lohnt. Die Kraft unseres Landes
- 4 beruht auf den Menschen, die jeden Tag anpacken, in Fabriken und Büros, in
- 5 Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kitas und Universitäten.
- 6 Es geht darum, die aktuelle Verunsicherung in neue Sicherheit zu verwandeln.
- 7 Denn viele Menschen fühlen sich überfordert: Steigende Mieten und
- 8 Lebenshaltungskosten machen das Leben für viele kaum mehr bezahlbar. Zu wenig
- 9 Kitapersonal und -plätze, die aufwendige Suche nach einem Arzttermin oder
- 10 langwierige Behördengänge machen das Leben anstrengend und kompliziert. Die
- 11 Leute wollen gestalten, sich etwas aufbauen, für ihre Familie sorgen, aus
- 12 eigener Kraft. Dafür haben sie gute Rahmenbedingungen verdient. Alle müssen sich
- 13 darauf verlassen können, dass der Staat die Institutionen bereithält, die sie
- 14 unterstützen.
- 15 Ein gutes Bildungssystem ist gleich in mehrfacher Hinsicht der Zentralschlüssel
- 16 für eine gute Zukunft unseres Landes. Hier entwickeln sich individuelle
- 17 Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu
- 18 gesellschaftlicher Teilhabe. Mit der Bildung entscheiden sich die Lebenschancen
- 19 junger Menschen: Das fängt grundlegend mit der Kita an und reicht bis zu
- 20 Ausbildung oder Studium – und darf dort nicht enden. Und das gilt ganz gleich,
- 21 ob man im späteren Leben im Handwerk, der Wissenschaft, im
- 22 Dienstleistungsgewerbe oder der Industrie arbeitet. Mit der Bildung entscheidet
- 23 sich zudem, ob wir unser Land fit bekommen für die Anforderungen der neuen Zeit.
- 24 Wir statten die jungen Menschen mit Fähigkeiten aus, die in der neuen, digitalen
- 25 und klimaneutralen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Es ist an der Zeit, dem
- 26 endlich auch in der Bundespolitik Rechnung zu tragen – Hand in Hand mit Ländern
- 27 und Kommunen in einem modernen Föderalismus. Wir stärken unsere Bildungssysteme,
- 28 damit sie besser als heute Kindern mit Migrationsgeschichte und aus
- 29 sozioökonomisch benachteiligten Familien die gleichen Chancen auf Teilhabe und
- 30 Aufstieg ermöglichen.
- 31 Gute Arbeit und faire Löhne sind die Grundlage dafür, sich etwas aufzubauen – in
- 32 materieller Sicherheit. Arbeit ist der Ort, an dem die Menschen viel Lebenszeit
- 33 verbringen, an dem sie ihren gesellschaftlichen Beitrag messen, an dem sie Stolz
- 34 ausprägen – oder auch verlieren. Diesen Stolz in die Zukunft zu tragen – in
- 35 einer Gesellschaft, in der man sich einbringen kann, in der Anstrengung

36 honoriert wird und das Sicherheitsnetz für alle funktioniert. Das ist unser  
37 Ziel.

38 Die Frage des Wohnens ist entscheidend für die Umstände unseres Lebens. Die Wahl  
39 eines Arbeitsplatzes, die Möglichkeit einer Familiengründung und die Gestaltung  
40 des sozialen Umfelds hängen maßgeblich vom Wohnen ab. Es bezahlbar zu machen,  
41 ist also eine entscheidende soziale Herausforderung. Wir nehmen sie an,  
42 begrenzen effektiv Mieten, erleichtern das Bauen und den Zugang zu Eigentum.

43 Wir wollen für die Menschen eine angemessene und unkomplizierte soziale  
44 Absicherung, die die elementaren Dinge eines Lebens in Würde abdeckt. Das gilt  
45 für ein gutes und solidarisches Gesundheitssystem, das für alle da ist. Das gilt  
46 für ein Pflegesystem, das verlässlich und bezahlbar ist und allen Menschen ein  
47 Alter in Würde ermöglicht. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche,  
48 deren Zukunft nicht von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen darf. Es  
49 gilt für Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Und es gilt für eine  
50 soziale Sicherung im Alter, die Geleistetes würdigt und die Angst vor der Armut  
51 nimmt.

## 52 **A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares** 53 **Wohnen, faire Löhne**

### 54 **Für gute Arbeit und faire Löhne**

55 Gute Arbeit und faire Löhne sind entscheidend dafür, dass Menschen für sich und  
56 ihre Familien sorgen können, dass sie sich einbringen können und stolz auf den  
57 gemeinsam erreichten Wohlstand sein können. Wir wollen, dass alle Zugang zu  
58 guter Arbeit haben: durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch  
59 bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung  
60 der Arbeitsaufnahme bzw. Abbau von Arbeitsverboten.

61 Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch  
62 anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es  
63 jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter  
64 18-Jährige gilt. Das entspricht auch den Vorgaben, die bei der Umsetzung der  
65 Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union (EU) einzuhalten sind. Und es  
66 braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach Tarif arbeitet, verdient im  
67 Schnitt mehr und das unter besseren Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die  
68 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein  
69 Tariftreuegesetz werden wir öffentliche Aufträge des Bundes in der Regel an  
70 Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen.

71 Die betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Sie macht die  
72 Beschäftigten zu aktiven Akteuren bei der Gestaltung ihrer Arbeitswelt. Wenn  
73 sich die Beschäftigten einmischen können, wenn sie ihre Arbeitsbedingungen  
74 mitgestalten können, dann entsteht auch in Zeiten von Veränderungsprozessen  
75 Vertrauen und Akzeptanz. Die betriebliche Mitbestimmung werden wir daher stärken  
76 und auf Mitbestimmungsrechte in Sachen Klima- und Umweltschutz,  
77 Qualifizierungsmaßnahmen sowie Gleichstellung im Betrieb erweitern. Gegen

78 Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von  
79 Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. In Branchen,  
80 die von Schwarzarbeit betroffen sind, sorgen wir für eine digitale und  
81 manipulationssichere Erfassung der Arbeitszeit.

82 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird  
83 Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis  
84 umsetzen können. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig  
85 und vollständig umsetzen. Wir wollen die Regeln verbindlicher und besser  
86 einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen. Die  
87 Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und flexible  
88 Arbeitszeitmodelle und durch das Rückkehrrecht in Vollzeit. Eine gute  
89 Kinderbetreuung ist dabei wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit  
90 aller Erziehenden. Es kommt uns dabei darauf an, Arbeit und Familie vereinbarer  
91 zu gestalten und Sorgearbeit fairer zu verteilen.

92 Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
93 überführen, mit Ausnahmen für Rentner\*innen, Schüler\*innen und Studierende. Denn  
94 sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu  
95 einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale  
96 Absicherung zu arbeiten. Dies verschärft auch den Arbeitskräftemangel und die  
97 Altersarmut. Um mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Gehälter am unteren Ende  
98 zu erhöhen, wollen wir Gehaltsangebote in Stellenausschreibungen grundsätzlich  
99 transparent machen.

## 100 **Für bezahlbares Wohnen**

101 Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit  
102 geworden. Es ist in der vergangenen Legislaturperiode leider nicht gelungen,  
103 entsprechende Abhilfe zu schaffen. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft  
104 stehen vor Fragen wie: Kann ich an meinem Wohnort eine Familie gründen? Kann ich  
105 mir dort eine Wohnung leisten, wo ich ein Jobangebot habe? Wie kann ich im Alter  
106 wohnen? Wir wollen, dass Menschen in Deutschland bezahlbaren Wohnraum finden und  
107 sich keine Ängste und Sorgen um den Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Es  
108 braucht mehr Wohnungen, kluge und sozialverträgliche Modernisierung und den  
109 Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen im Bestand.

110 Etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt zur Miete und gibt dafür immer  
111 mehr Geld aus. Die Mietpreisbremse muss verlängert werden. Sie soll Anstiege der  
112 Mieten über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus zudem stärker begrenzen. Den  
113 Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete wollen wir dafür  
114 deutlich verlängern. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf  
115 Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden Schlupflöcher  
116 schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern überteuert als  
117 möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden. Auch einen Stopp von  
118 Mietensteigerungen über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus wollen wir für  
119 sehr angespannte Wohnungslagen regional ermöglichen. Bei bestehenden  
120 Mietverhältnissen, auch bei Staffel- und Indexmieten, werden wir dafür sorgen,

121 dass die Menschen nicht durch sehr starke Mietsteigerungen aus ihren Wohnungen  
122 vertrieben werden.

123 Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen –  
124 ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und  
125 für gesellschaftliche Teilhabe. Mit dem Housing-First-Ansatz können wir  
126 Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.

127 Mieter\*innen wollen wir besser schützen, besonders vor dem Missbrauch von  
128 Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden. Viele Menschen haben das  
129 Interesse, ihre Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert  
130 haben. So könnte Wohnraum besser genutzt werden. Wir wollen Menschen bei diesen  
131 Plänen unterstützen, indem wir rechtliche Hürden abbauen und Förderinstrumente  
132 anpassen und flexibilisieren.

133 Ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung gibt Sicherheit und Freiheit. Deshalb  
134 wollen wir die Chance auf ein Eigenheim leichter zur Realität werden lassen. Wir  
135 wollen den Kauf von selbst genutztem Wohneigentum und die Modernisierung leer  
136 stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker fördern. Wir  
137 entlasten bei den Nebenkosten wie den Makler- und Notargebühren. Eine  
138 Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und eine Klimakomponente  
139 beinhaltet, erleichtert auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu  
140 Wohneigentum. Wenn Mieter\*innen gemeinschaftlich ihr Wohnhaus übernehmen wollen,  
141 beispielsweise durch eine Genossenschaft, wollen wir das unbürokratisch durch  
142 günstige Kredite oder Bürgschaften unterstützen.

### 143 **Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen**

144 Wir wollen da, wo Wohnraum fehlt, die Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst  
145 preiswertes und klimaverträgliches Bauen schaffen.

146 Dafür braucht es eine realistische Strategie. Der beste Weg liegt darin,  
147 vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte  
148 Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen und leer stehende Gebäude  
149 wieder aktivieren. Mehrere Millionen Wohnungen könnten auf diesem Weg  
150 bereitgestellt werden. Hier muss nicht aufwendig neue Infrastruktur gelegt  
151 werden, was das Bauen einfacher und günstiger macht. Das scheitert bislang  
152 oftmals an rechtlichen Hürden und Bürokratie. Wir wollen dieses Potenzial  
153 nutzen. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und  
154 bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene  
155 Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß  
156 zurückführen. Wir wollen es erleichtern, dass die Sanierung von Wohnungen mit  
157 Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird.

158 Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher  
159 bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu  
160 schließen. Stattdessen stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen. Den sozialen  
161 und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel  
162 für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche

163 Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Die Neue  
164 Wohngemeinnützigkeit wollen wir weiter stärken.

165 Klimaverträgliches Bauen und Sanieren nutzt nicht nur dem Klima, es reduziert  
166 auch zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter\*innen  
167 ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter\*innen verfügbare  
168 öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Dazu gibt es  
169 viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff auf  
170 bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Die Kreislaufwirtschaft  
171 beim Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe  
172 geschont und Material wiederverwendet werden kann. Wir reduzieren Vorschriften,  
173 die dem im Weg stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu  
174 erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform  
175 anerkennen. Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf  
176 technischer und rechtlicher Innovationen – es ermöglicht auch neue Formen des  
177 Zusammenlebens. Dieses neue Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe  
178 des Instruments des Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

## 179 **Für ein gerechtes Steuersystem**

180 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Vielen Menschen geht es gut. Aber es gibt  
181 auch diejenigen, die sich außer Miete und Lebensmitteln kaum etwas leisten  
182 können. Diese Menschen haben besonders unter der Inflation der vergangenen Jahre  
183 gelitten. Und der Wohlstand in unserer Gesellschaft ist ungleich verteilt. Das  
184 reichste Prozent der Deutschen besitzt mehr Vermögen als 90 Prozent der  
185 Gesellschaft zusammen.

186 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im  
187 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Zum  
188 Angehen dieser großen Gerechtigkeitslücken gehören folgende Möglichkeiten: eine  
189 globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte  
190 Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher oder eine nationale Vermögenssteuer.  
191 Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit, Gemeinwohlfinanzierung und den Erhalt von  
192 Betrieben, ihren Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen  
193 zusammenbringen.

194 Das ist alles andere als einfach, aber wir möchten endlich etwas erreichen.  
195 Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: das effektive Angehen der  
196 Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für außerordentlich große Erbschaften, den  
197 aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer sowie das  
198 Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem  
199 bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der  
200 Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

201 Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die  
202 Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen  
203 eine Anhebung auf 1.500 Euro. Dies wird dazu führen, dass mehr als die Hälfte  
204 der Arbeitnehmer\*innen keine Belege für ihre Steuererklärung mehr sammeln muss.  
205 Wer höhere Auslagen hat, kann sie bei der Steuererklärung wie gewohnt angeben.

206 Um insbesondere niedrige Einkommen zielgenau und unbürokratisch zu entlasten,  
207 führen wir Steuergutschriften ein. Das ist ein Baustein, um die Arbeitsanreize  
208 im Bürgergeldsystem zu erhöhen. Alleinerziehende entlasten wir gezielt durch  
209 eine Steuergutschrift. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Den Solidaritätszuschlag  
210 werden wir in den Einkommensteuertarif integrieren.

## 211 **B. Eine gute Bildung für gute Chancen**

### 212 **Für gute und verlässliche Kitas**

213 Gute Kitas und Ganztagsbildung sind der entscheidende Grundstein für die Zukunft  
214 unserer Kinder. Eine gute und verlässliche Betreuungsinfrastruktur mit einem  
215 gestärkten Bildungsangebot bietet Kindern gleiche Chancen von Anfang an und  
216 ermöglicht Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Ein Gewinn für  
217 unsere Gesellschaft insgesamt.

218 Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze  
219 fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren  
220 Nachwuchs ergattern, wird der Betrieb regelmäßig wegen Personalknappheit  
221 eingeschränkt oder ganz eingestellt. Es fehlen schon jetzt Erzieher\*innen, und  
222 wir wissen, dass bereits viele an oder über der Belastungsgrenze arbeiten.  
223 Deshalb investieren wir in gute Kitas und die Gewinnung von Erzieher\*innen und  
224 unterstützenden Arbeitskräften. Außerdem setzen wir uns für schulgeldfreie  
225 Ausbildungen, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung  
226 ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen ein.  
227 Denn nur wenn ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte ausreichend Zeit für ihre  
228 Arbeit haben, können unsere Kitas dauerhaft Bildung und Betreuung auf hohem  
229 pädagogischen Niveau ermöglichen.

230 Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2  
231 Milliarden Euro in gute Kitas. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite  
232 Qualitätsstandards im Kitabereich gesetzlich festschreiben und im Bund die  
233 Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen und verstetigen. Ein besonderes  
234 Augenmerk haben wir dabei auf Kitas mit einem hohen Anteil sozioökonomisch  
235 benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen. Und wir werden  
236 steuerliche Anreize für Unternehmen einführen, die selbst oder in Kooperation  
237 Kitaplätze schaffen, sodass Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur  
238 Arbeitsstelle betreut werden können.

### 239 **Für starke Schulen mit starken Kindern**

240 Schulen sind für Heranwachsende neben der Familie der Mittelpunkt ihres Lebens.  
241 Hier entwickelt sich die Persönlichkeit, hier wird gelebt und gelacht. Daher ist  
242 es so wichtig, dass jede bzw. jeder sich dort zugehörig fühlt und angenommen  
243 wird. Schulen befähigen Kinder und Jugendliche auch dabei, ihre selbstbestimmte  
244 und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Daher hat jeder junge Mensch die beste  
245 Bildung verdient – ganz unabhängig von Herkunft oder Wohnort.

246 Den Startschuss für einen Bildungsaufbruch haben wir in der Bundesregierung  
247 gegeben: Als größtes Bund-Länder-Schulprogramm der Geschichte unseres Landes  
248 haben wir mit dem Startchancen-Programm in Höhe von 20 Milliarden Euro gemeinsam  
249 für einen kraftvollen Schub für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt.

250 Aber unser Land braucht deutlich mehr: Eine gemeinsame Bildungsoffensive, um  
251 noch mehr Schulen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zu erreichen. Mit  
252 einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern  
253 und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.

254 Dadurch sorgen wir für moderne und barrierefreie Schulgebäude mit dichten  
255 Dächern, funktionierenden Toiletten und digital ausgestatteten Klassenräumen.  
256 Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion.  
257 Wir stärken die Kompetenzen und Leistungen der Kinder und legen dabei einen  
258 Schwerpunkt auf den Erwerb von Basiskompetenzen, die für einen erfolgreichen  
259 Bildungsweg unverzichtbar sind. Wir fördern die digitalen Fähigkeiten,  
260 Medienkompetenz, Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung. Die  
261 Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund, Ländern  
262 und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den Ausbau  
263 guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote.

264 Diese Unterstützung soll dort ankommen, wo sie besonders gebraucht wird. Statt  
265 nur nach dem Königsteiner Schlüssel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft zu  
266 finanzieren, wollen wir die Finanzierung stärker an den tatsächlichen Bedarfen  
267 ausrichten. Wir brauchen eine engere Kooperation zwischen Bund und Ländern in  
268 der Bildungspolitik. Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und  
269 notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den  
270 Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen  
271 Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch  
272 über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen.

273 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir außerdem auf den Spracherwerb legen.  
274 Denn Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir wollen erreichen, dass alle  
275 Kinder am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können, weil  
276 nur wer die deutsche Sprache versteht und beherrscht, am Unterricht und der  
277 Gemeinschaft teilhaben, sich entfalten und lernen kann. Die Sprachförderung muss  
278 deshalb als durchgängiger Prozess angelegt werden, der in der Kita beginnt und  
279 sich in der Schule fortsetzt.

## 280 **Für eine gute Bildung, die allen offensteht**

281 Unser Land braucht weitere energische Schritte für mehr Fachkräfte – in  
282 Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen oder in der Pflege. Nur so  
283 können wir den notwendigen Umbau der Wirtschaft und den demografischen Wandel  
284 bewältigen. Oft bleiben Ausbildungsplätze aber unbesetzt, offene Stellen können  
285 nicht nachbesetzt werden. Dabei stehen 2,9 Millionen junge Menschen in  
286 Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.

287 Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft  
288 junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle und rechtliche

289 Rahmenbedingungen für Auszubildende. Durch eine deutliche Anhebung der  
290 Mindestausbildungsvergütung werden wir die Attraktivität der Ausbildung erhöhen.  
291 Wir wollen für Azubis auch den Führerscheinerwerb fördern und eine Lösung für  
292 ein Azubi-Deutschlandticket finden. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage  
293 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die  
294 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern. Zur  
295 Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung der überbetrieblichen  
296 Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir Ausbildungsverbünde, um die  
297 Anzahl passender Stellen für Auszubildende und Betriebe zu erhöhen.

298 Wir verbessern die Berufsorientierung für junge Menschen und informieren dort,  
299 wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen. Dies erfordert die aktive  
300 Einbeziehung von Ausbildungsbetrieben und Hochschulen, Eltern sowie Vorbildern  
301 aus der beruflichen Bildung. Mehr praxisnahe Angebote können helfen, den  
302 Horizont für die Berufswahl zu weiten.

303 Eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ebnet gleichwertig einen starken Weg  
304 in die berufliche Zukunft. Wir wollen nicht, dass finanzielle Gründe oder die  
305 soziale Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen  
306 wird. Nach dem größten Update für das BAföG in dieser Wahlperiode machen wir es  
307 jetzt zukunftsfest, für Studium und berufliche Bildung: Das BAföG soll  
308 existenzsichernd sein, auch bei steigenden Lebenshaltungskosten. Wir erhöhen die  
309 Freibeträge bei den elterlichen Einkommen und öffnen das BAföG für mehr  
310 Menschen. Für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen,  
311 reformieren wir das Aufstiegs-BAföG und ermöglichen den Bezug in Teilzeit, die  
312 Förderung gleichwertiger Fortbildungsabschlüsse sowie ein vollständig  
313 digitalisiertes Antragsverfahren.

314 Für mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende möchten wir den  
315 Bau von neuen Wohnheimen über das von uns in der laufenden Wahlperiode  
316 aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ weiter fördern.

317 Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen und dafür  
318 sorgen, dass die allgemeine Weiterbildung als wichtige Säule des  
319 lebensbegleitenden Lernens weiter gestärkt wird.

## 320 **Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft**

321 Hochschulen sind Orte der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind  
322 Triebfedern unserer Gesellschaft, indem sie Ideen und Lösungen für die großen  
323 und die ganz konkreten Probleme unserer Zeit entwickeln. Sie sind Orte der  
324 freien und kritischen Debatte und der produktiven Reibung, ohne die kein  
325 wissenschaftlicher Fortschritt möglich ist. Gute Ausstattung und  
326 Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt garantieren den  
327 gerechten Zugang.

328 Mit einer „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“ wollen wir Hörsäle, Labore und  
329 Bibliotheken, die oftmals baufällig oder veraltet sind, gemeinsam mit den  
330 Ländern modernisieren und zu Experimentierräumen für den nachhaltigen, digitalen



331 Wandel machen. Die bestehenden Bund-Länder-Pakte für Hochschule, Wissenschaft  
332 und Forschung wollen wir fortführen, weiterentwickeln und gezielt ergänzen.

333 Eine auskömmliche Grundfinanzierung stärkt die Hochschulen als Orte von Bildung,  
334 guter Arbeit und innovativer Forschung. Wenn sie richtig eingesetzt werden und  
335 die tatsächlich anfallenden Kosten abdecken, können Drittmittel zusätzliche  
336 Dynamiken entfachen. Damit sich Wissenschaftler\*innen auf ihre eigentliche  
337 Arbeit konzentrieren können, wollen wir in diesem Kontext Bürokratie abbauen und  
338 vereinfachen.

339 Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für eine chancengerechte,  
340 zukunftssteife Wissenschaft. Wir wollen den Anteil befristet Beschäftigter  
341 deutlich senken, indem wir wissenschaftliche Qualifikation als Sachgrund enger  
342 und klarer fassen, die Tarifsperre abschaffen und gemeinsam mit den Ländern mehr  
343 Dauerstellen neben der Professur garantieren. Wir wollen Frauen in der  
344 Wissenschaft gezielt fördern und Machtmissbrauch und Diskriminierung  
345 entgegenwirken.

346 Auch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wollen wir den  
347 internationalen Austausch der Wissenschaft fördern und vereinfachen, etwa durch  
348 schnellere Visavergaben, die Stärkung der Mittlerorganisationen und bessere  
349 Beratung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen mehr Menschen  
350 den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.  
351 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster  
352 Politik und es ist zugleich Aufgabe der Politik, die Freiheit der Wissenschaft  
353 zu verteidigen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder wie etwa der  
354 Klima- oder Geschlechterforschung stellen wir uns entschieden entgegen, stärken  
355 die Wissenschaftskommunikation und schützen Betroffene vor Anfeindungen.

## 356 **C. Mitten im Leben – in jeder Lebensphase**

### 357 **Für starke Familien**

358 Steigende Mieten und Energiekosten, veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt,  
359 die Angst, nicht mehr mitzukommen – diese Sorgen treffen Familien in besonderem  
360 Maße. Und die vielerorts mangelnde Kinderbetreuung kommt als weitere Belastung  
361 hinzu. Alle Familien sollen sich daher auf gute und unterstützende  
362 Rahmenbedingungen verlassen können, die zu ihrem Leben passen. Dafür braucht es  
363 finanzielle Unterstützungen, die Familien fördern und in schwierigen  
364 Lebensphasen Sicherheit geben.

365 Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von  
366 Familien. Mit der stärksten Erhöhung des Kindergeldes in den vergangenen 30  
367 Jahren und der Einführung des Kindersofortzuschlags konnten wir Millionen von  
368 Familien auf dem Höhepunkt der Inflation gezielt entlasten. Perspektivisch  
369 koppeln wir die Erhöhung des Kindergeldes an die regelmäßige Erhöhung des  
370 Kinderfreibetrages und sorgen dafür, dass alle Kinder das gleiche Maß an  
371 finanzieller Unterstützung erhalten – egal wie viel ihre Eltern verdienen.

372 Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die  
373 spätere Aufgabenteilung. Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt  
374 sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Deshalb  
375 gestalten wir das Elterngeld attraktiver und setzen Anreize für eine  
376 partnerschaftlichere Aufteilung. Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der  
377 Einführung des Elterngeldes unverändert ist, wollen wir auf 400 bzw. 2.400 Euro  
378 erhöhen.

379 Wir werden Vätern oder Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten zwei  
380 Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der Arbeit  
381 freizustellen. So können Eltern gemeinsam ins Familienleben starten. Durch die  
382 Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine  
383 Fehlgeburt erleiden, besser unterstützen, wenn sie dies möchten.

384 Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit  
385 besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei  
386 der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die  
387 Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.  
388 Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen  
389 Umlagefinanzierung beteiligen.

390 Auch über 2025 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld  
391 beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen.

392 Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen.  
393 Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen  
394 finanziell kaum über die Runden. Wir wollen die Steuerlast von Alleinerziehenden  
395 durch einen Freibetrag senken und ihnen das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf  
396 den Unterhaltsvorschuss anrechnen. Damit entlasten wir Alleinerziehende und ihre  
397 Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern  
398 wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Rechtsansprüchen auf  
399 Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie  
400 bei beiden Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im  
401 Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen.

## 402 **Für die Teilhabe der Jüngsten – gegen Kinderarmut**

403 Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere  
404 Bildungschancen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist  
405 armutsgefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielen  
406 darf, in welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt.

407 Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinderarmut in  
408 Deutschland haben wir es geschafft, dass mehr Familien als bisher ihnen  
409 zustehende Leistungen wie den Kinderzuschlag auch tatsächlich beantragen und  
410 erhalten. Auch konnten sich Millionen von Familien über die stärkste Erhöhung  
411 des Kindergeldes in den vergangenen 30 Jahren und die Einführung des  
412 Kindersofortzuschlags freuen.

413 Da unsere Sozialleistungen aber weiterhin nicht von allen Anspruchsberechtigten  
414 abgerufen werden, müssen sie einfacher, digitaler, bürgerfreundlicher und

415 transparenter werden. Das gilt insbesondere für den bisherigen Kinderzuschlag  
416 und die Leistungen der Bildung und Teilhabe. Das Ziel der Kindergrundsicherung  
417 ist deshalb klar: Wir wollen Leistungen bündeln, Antragsverfahren weiter  
418 verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen  
419 zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an,  
420 bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche informiert werden. Unser Ziel ist  
421 die Hilfe aus einer Hand, damit jede Familie nur noch eine zentrale  
422 Ansprechstelle für Leistungen für Familien von Bund, Land und Kommune hat, die  
423 sowohl digital als auch vor Ort erreichbar ist. Die Beantragung und Auszahlung  
424 soll, soweit möglich und kosteneffizient, pauschal und automatisiert erfolgen,  
425 um den Zugang zu erleichtern. Die Überwindung von unterschiedlichen  
426 Rechtskreisen und Zuständigkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen muss  
427 dabei im Hintergrund automatisiert stattfinden.

428 Diesen Ansatz wollen wir auch als Vorlage für die weitere Modernisierung unseres  
429 Sozialstaates nehmen. Die verschiedenen Sozialleistungen müssen besser  
430 aufeinander abgestimmt werden und ineinandergreifen. Dafür wollen wir die  
431 notwendigen rechtlichen und technischen Grundlagen schaffen.

432 Neben der Modernisierung der Verwaltung wollen wir weiterhin insbesondere das  
433 soziokulturelle Existenzminimum für Kinder neu berechnen und Alleinerziehende  
434 bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen entlasten.

### 435 **Für einen guten Start der jungen Generation**

436 Junge Menschen haben in der Pandemie verantwortungsvoll und solidarisch mit  
437 älteren und vulnerablen Teilen unserer Gesellschaft zurückgesteckt und auf  
438 Freiheiten verzichtet – und die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre  
439 besonders gespürt. Deswegen legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, der  
440 jungen Generation Gehör zu verschaffen, sie zu unterstützen und zu entlasten,  
441 sie in ihren Rechten zu stärken und ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

442 In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor  
443 Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige  
444 Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn  
445 Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit  
446 aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans und der  
447 sogenannten Frühen Hilfen wollen wir aufstocken.

448 Migrantische Jugendverbände wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit  
449 als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen unabhängig von  
450 Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire Chancen und Teilhabe bieten.

451 Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren  
452 verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Mit den Mental Health Coaches und ihren  
453 Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen  
454 geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. Bewährte Anlaufstellen wie die  
455 Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen brauchen eine bedarfsgerechte  
456 finanzielle Ausstattung.

457 Wichtig ist, dass wir Verbesserungen für junge Menschen mit jungen Menschen  
458 zusammen gestalten und sie stärker beteiligen. Damit junge Menschen ihre Ideen  
459 und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können, wollen wir  
460 Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf  
461 kommunaler Ebene, stärken. Parteiübergreifend wollen wir darauf hinarbeiten, die  
462 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz zu schreiben und das Wahlalter auch auf  
463 Bundesebene auf 16 Jahre zu senken.

464 Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass  
465 alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale  
466 Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge  
467 Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins  
468 Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung  
469 fördern.

470 Junge Menschen haben auch das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders  
471 wichtig sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte  
472 Gewalt. Wir werden die vorhandenen Strukturen zum Kinder- und Jugendschutz  
473 stärken und denken Maßnahmen vom Kind aus – durch einheitliche  
474 Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für  
475 Gutachter\*innen, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen  
476 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Strafverfolgung durch  
477 die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen  
478 von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und  
479 Familie.

## 480 **Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter**

481 Ältere Menschen stehen mitten im Leben – heute mehr denn je. Ältere sind  
482 wichtige Säulen in unserer Gesellschaft. In unzähligen Vereinen,  
483 Nachbarschaftstreffs und Initiativen teilen sie ihre Zeit, Erfahrung und  
484 Lebensklugheit und bringen sich durch ihr Ehrenamt ein. Großeltern unterstützen  
485 in der Kinderbetreuung und sorgen in vielen Familien dafür, dass Kinder und  
486 Beruf gut miteinander vereinbart werden können. Das schätzen und unterstützen  
487 wir.

488 Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen  
489 einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden. Und wir erleichtern den  
490 selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Rentenbezug durch flexiblere  
491 Übergänge und investieren in Präventions- und Rehammaßnahmen. Das ist auch ein  
492 wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. In den vergangenen Jahren ist es  
493 gelungen, das Thema Einsamkeit aus der Tabuecke zu holen. Mit der nationalen  
494 Strategie gegen Einsamkeit binden wir auch Länder, Kommunen und Verbände ein.

495 Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Treffpunkte für Jung und Alt und sorgen für  
496 Zusammenhalt und Gemeinschaft, die wir unterstützen wollen. Doch auch das  
497 Mehrgenerationenwohnen, das gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen zum  
498 Ziel hat, wollen wir fördern.

499 Damit auch ältere Menschen die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt  
500 nutzen können, arbeiten wir an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln  
501 oder erneuern können. Mit Maßnahmen wie dem DigitalPakt Alter sorgen wir dafür,  
502 dass Ältere lange selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben  
503 teilnehmen können.

## 504 **D. In jeder Lebensphase abgesichert**

### 505 **Für eine gute Gesundheitsversorgung überall**

506 Viele Menschen sind heutzutage bis ins hohe Alter aktiv. Zugleich sind ältere  
507 Menschen aber auch häufig auf Behandlungen und Pflege angewiesen. Das stellt uns  
508 vor eine doppelte Herausforderung: Denn wir brauchen Fachkräfte für eine  
509 angemessene Versorgung und würdevolle Pflege. Und wir müssen die gestiegenen  
510 Kosten schultern, ohne dass die Versicherten zu große Lasten tragen müssen.

511 Dabei wollen wir, dass die Patient\*innen zur richtigen Zeit am richtigen Ort  
512 eine optimale Versorgung erhalten, statt lange und aufwendig nach  
513 Behandlungsterminen zu suchen und darauf zu warten. Deshalb wollen wir die  
514 Primärversorgung insbesondere durch Hausärzt\*innen stärken, um eine bessere  
515 Behandlungsqualität zu erreichen.

516 Unterversorgte Gebiete wollen wir stärker unterstützen. Die Verteilung von  
517 niedergelassenen Ärzt\*innen muss enger mit der Krankenhausplanung der Länder  
518 verknüpft werden. Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von  
519 ambulanter und stationärer Versorgung wollen wir überwinden, um bessere  
520 Kooperation und Koordination zu fördern. Durch regionale Verbünde  
521 (Gesundheitsregionen) sowie gemeinsame Versorgungszentren, in denen verschiedene  
522 Therapie- und Pflegeberufe unter einem Dach zusammenarbeiten, sorgen wir für  
523 eine gute Versorgung vor Ort. Und wir wollen Maßnahmen ergreifen, um Fehl- und  
524 Überversorgung abzubauen.

525 Vertragsärzt\*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie entlasten und den  
526 Sprechstundenanteil für gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient\*innen  
527 schneller Termine erhalten.

528 Die Krankenhausreform werden wir nachbessern, zusammen mit den Ländern umsetzen  
529 und nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den  
530 Kosten beteiligen. Wir werden gemeinsam eine gute Krankenhausreform umsetzen.  
531 Oberste Priorität hat für uns dabei, dass für alle Menschen in unserem Land  
532 Krankenhäuser und bestmögliche Grundversorgung schnell erreichbar sind. Die  
533 Notfallversorgung, den Rettungsdienst und die Finanzierung der Apotheken wollen  
534 wir im Hinblick auf eine gute, flächendeckende und effiziente Versorgung  
535 reformieren. Für die Gesundheitsberufe wollen wir mehr Kompetenzen und so eine  
536 bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreichen. Auch in  
537 der Geburtshilfe wollen wir attraktive Arbeitsbedingungen für Hebammen,  
538 besonders im Krankenhaus.

539 In den ländlichen Regionen – gerade in Ostdeutschland – ist das  
540 Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf  
541 müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für  
542 Gemeindegesundheitspfleger\*innen, früher die Gemeindeschwester, und „Medizin auf  
543 Rädern“. Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen wollen wir weiter  
544 vorankommen. Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen  
545 könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient\*innen erhöht werden, auch durch  
546 den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Die Nutzung von Daten für Forschung und  
547 Versorgung haben wir verbessert und werden auf diesem Wege weitergehen.

## 548 **Für eine verlässliche und würdige Pflege**

549 Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen,  
550 egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in  
551 einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können,  
552 würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Wir wollen Angebote  
553 im Quartier, also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern.

554 Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Es ist eines  
555 Sozialstaates unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens  
556 aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir haben  
557 die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend  
558 benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.

559 Wir wollen die Situation der Menschen verbessern, die selbst Angehörige oder  
560 nahestehende Personen pflegen. Eine Aufgabe, die erfüllend sein kann, aber auch  
561 Kraft und Zeit kostet und ohne die die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen  
562 in Deutschland nicht möglich wäre. Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege  
563 reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten  
564 Ausgleichs der entgangenen Einkünfte. Die Leistung soll so ausgestaltet sein,  
565 dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen  
566 sollen besser und flexibler möglich sein. Den Zugang zur Tagespflege wollen wir  
567 verbessern und Angebote ausbauen. Pflegebedürftige sollen Pflege, therapeutische  
568 Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung flexibler als bisher in  
569 Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum Beispiel in Form eines  
570 Pflegebudgets.

571 Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren  
572 Patient\*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job  
573 verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen.  
574 Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern –  
575 dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses  
576 Potenzial wollen wir durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer  
577 Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere  
578 Aufstiegschancen nutzen. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und  
579 für die Pflegeassistenten vereinheitlichen. Und wir wollen Dokumentationspflichten  
580 und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren, damit Pflegekräfte  
581 wieder dafür Zeit haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen.

## 582 **Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung**

583 Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist dafür da, kranke Menschen zu heilen und  
584 Pflegebedürftige gut zu pflegen. In den vergangenen Jahren wurden den  
585 Versicherungen jedoch viele Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten  
586 finanziert werden sollen. Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die  
587 Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten.  
588 Dazu gehört, dass wir die Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden  
589 Angehörigen oder die Beiträge für Empfänger\*innen von Bürgergeld angemessener  
590 über den Staat finanzieren. Damit bleibt auch mehr Geld im System, um in gute  
591 Gesundheit und Pflege zu investieren.

592 In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch  
593 dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung  
594 bleibt und für die Menschen arbeitet. Wir wollen den Einfluss von  
595 Finanzinvestoren auf unsere Gesundheits- und Pflegeversorgung begrenzen. Deshalb  
596 wollen wir öffentliche und gemeinnützige Träger stärken und für eine bezahlbare  
597 und gerechtere Kranken- und Pflegeversorgung sorgen.

598 Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer  
599 Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis  
600 hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Auf  
601 dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung werden wir neben den gesetzlich  
602 Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen  
603 Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen. Auch in der Pflege wollen  
604 wir auf dem Weg hin zu einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich  
605 zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich  
606 alle gerecht an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen  
607 Versicherte mit finanziell starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege  
608 und Gesundheit bei als solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen. Die  
609 Beitragsbemessung werden wir reformieren und beispielsweise auch  
610 Kapitaleinnahmen zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems  
611 heranziehen. Damit schützen wir auch Löhne und Gehälter vor höheren  
612 Beitragsabgaben. Um freiwillig versicherte, geringverdienende oder in Teilzeit  
613 beschäftigte Soloselbstständige besser abzusichern, werden wir die  
614 Mindestbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung reformieren.

615 Für die Beamt\*innen werden wir die Wahlfreiheit stärken.

## 616 **Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik**

617 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine vorsorgende Politik, die die  
618 Ursachen von Krankheiten in den Blick nimmt und angeht. Prävention und  
619 Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen  
620 Politikbereichen verfolgen. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst  
621 stärken und dabei vor allem Menschen in sozioökonomisch benachteiligten  
622 Verhältnissen in den Blick nehmen.

623 Seelische Gesundheit ist ein Fundament für Lebensqualität und körperliche  
624 Gesundheit. Es ist nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen

625 Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen. Wir schlagen daher  
626 einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen, insbesondere  
627 Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu  
628 passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Therapieplätze,  
629 Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal werden wir ausbauen.

630 Mit Blick auf die steigende Anzahl von Betroffenen von ME/CFS und Long Covid  
631 müssen Projekte zur Ursachen- und Versorgungsforschung ausreichend finanziert  
632 und vorangetrieben werden. Betroffene wurden oft viel zu lang stigmatisiert –  
633 wir wollen eine bestmögliche Versorgung nach dem Stand der wissenschaftlichen  
634 Erkenntnisse sicherstellen.

635 Wir wollen unser Gesundheitswesen auf Epidemien, große Katastrophen und  
636 militärische Bedrohungen besser vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel den  
637 Vorrat an Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige  
638 Katastrophenschutzübungen. Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir  
639 weiter stärken.

640 Mit dem Cannabisgesetz haben wir den Schutz von Gesundheit, Jugend und  
641 Verbraucher\*innen in den Mittelpunkt gestellt und setzen auf Vernunft statt  
642 Kriminalisierung. Diesen Wechsel in der Drogenpolitik, der die Befähigung zum  
643 eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt, wollen wir  
644 fortführen. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften  
645 halten wir weiter fest und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene  
646 dafür ein, auch um damit den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität  
647 weiter einzudämmen. Mit Blick auf die enormen Mengen an Kokain, Crack und  
648 synthetischen Opioiden, die in vielen deutschen Großstädten ankommen, werden wir  
649 die Ressourcen der Polizei und des Zolls auch im Hinblick auf die Bekämpfung der  
650 dahinterstehenden Strukturen der Organisierten Kriminalität stärken.  
651 Gleichzeitig wollen wir die Angebote für Prävention, Therapie und  
652 Schadensminderung ausbauen, damit Menschen gar nicht erst abhängig werden oder  
653 ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank sind.

## 654 **Für eine zukunftsste und würdige Rente**

655 Die Sicherheit ihrer Altersvorsorge ist für viele Menschen gerade in  
656 Krisenzeiten ein entscheidender Stabilitätsanker. Die Menschen in diesem Land  
657 sollen sich auf stabile Renten verlassen können. Das gilt heute und morgen, für  
658 aktuelle und zukünftige Generationen, also auch und erst recht für diejenigen,  
659 die jetzt in ihre Rentenkasse einzahlen. Gleichzeitig werden wir die Kosten des  
660 demografischen Wandels gerecht über die Generationen verteilen. Langjährig in  
661 der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter eine  
662 auskömmliche Rente erwarten, daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei  
663 mindestens 48 Prozent halten.

664 Das beste Mittel für eine verlässliche Altersvorsorge und einen möglichst  
665 geringen Rentenbeitragssatz sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in  
666 die Rente einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige  
667 Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen  
668 durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das



669 Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit. Durch  
670 qualifizierte Zuwanderung stärken wir unsere Wirtschaftskraft und steigern die  
671 Beitragszahlungen in die Rente. Und wir schaffen Anreize, um ältere Beschäftigte  
672 gesünder und länger im Erwerbsleben zu halten. Dafür investieren wir auch in  
673 Präventions- und Rehamaßnahmen und ermöglichen flexible Übergänge in die  
674 Altersrente. Um die Renten zu stärken, werden wir auch den Mindestlohn anheben  
675 und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.

676 Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir  
677 als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bürgerversicherung, dass auch  
678 Abgeordnete und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des  
679 Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen. Auch nicht  
680 anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen  
681 einbeziehen.

682 Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den  
683 Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die  
684 Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in  
685 Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug  
686 noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und  
687 Rentenversicherung an die Arbeitnehmer\*innen auszahlen, falls sie sich gegen  
688 freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden.

689 Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung den Einstieg in eine  
690 notwendige ergänzende Kapitaldeckung – und zwar mittels Darlehen aus dem  
691 Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Hierfür führen wir  
692 einen öffentlich verwalteten Bürger\*innenfonds ein, der Nachhaltigkeitskriterien  
693 berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.  
694 Der Bürger\*innenfonds soll auch in europäische und deutsche Start-ups und  
695 Wachstumsunternehmen investieren. Mit den daraus resultierenden Erträgen werden  
696 wir geringe und mittlere Renten stärken, was insbesondere Frauen und Menschen in  
697 Ostdeutschland unterstützt.

698 Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten  
699 Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger\*innenfonds  
700 zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Dafür  
701 werden wir die Freibeträge für Kleinsparer\*innen erhöhen, sie dynamisch an die  
702 Inflation anpassen und die öffentliche Zulagenförderung auf niedrige und  
703 mittlere Einkommen fokussieren. Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen.  
704 Den Bürger\*innenfonds öffnen wir als fairen und transparenten Weg auch für die  
705 betriebliche Altersversorgung, damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von  
706 kleinen und mittleren Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren.

707 Auch Menschen mit geringem Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche  
708 Rentenansprüche zu erwerben und so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente  
709 werden wir zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln,  
710 die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt.  
711 Zur Finanzierung dieses Instruments können auch Erträge des Bürger\*innenfonds  
712 beitragen.

713 Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aus  
714 gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können, verdienen unsere  
715 solidarische Unterstützung. Deshalb wollen wir die Erwerbsminderungsrente  
716 verbessern. Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente  
717 mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach  
718 jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze  
719 erreicht haben.

## 720 **Für verlässliche soziale Sicherung**

721 In schwierigen Zeiten braucht es einen verlässlichen Sozialstaat, der Menschen  
722 unter die Arme greift, wenn sie in Not geraten. Denn jeder Mensch hat das Recht  
723 auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Deswegen haben wir Hartz IV  
724 überwunden und es durch das Bürgergeld ersetzt. Es schützt vor Armut und  
725 ermöglicht die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Statt arbeitslose und  
726 arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen, unterstützen wir und sorgen  
727 gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Das heißt: Diejenigen, die  
728 arbeiten, sollen mehr haben. Zu einer verlässlichen sozialen Sicherung gehört  
729 für uns daher auch, den Mindestlohn zu erhöhen und prekäre Beschäftigung  
730 abzubauen. So stärken wir Menschen in Zeiten des Wandels, geben Sicherheit und  
731 eröffnen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

732 Wir stehen dafür ein, dass Menschen existenz- und teilhabesichernde Leistungen  
733 so lange erhalten, bis sie in Arbeit sind. Unser Ziel ist es, so viele Menschen  
734 wie möglich in zumutbare Arbeit oder Selbstständigkeit zu führen. Auf dem Weg  
735 dahin unterstützen wir sie durch Qualifizierung, Ausbildung, Weiterbildung und  
736 vor allen Dingen durch schnelle und nachhaltige Vermittlung. Wir fordern dabei  
737 ihre aktive Mitwirkung ein. Wir wollen den Arbeitsagenturen und Jobcentern die  
738 Instrumente an die Hand geben, diesen Auftrag zu erfüllen.

739 Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit und schaffen  
740 Arbeitsgelegenheiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt  
741 heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche Unterstützung  
742 angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren  
743 Stundenumfang zu erhöhen.

744 Zu den staatlichen Sozialversicherungssystemen sollen alle Zugang haben –  
745 unabhängig davon, ob sie selbstständig oder abhängig beschäftigt arbeiten. Für  
746 Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen  
747 Arbeitslosenversicherung.

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.12.2024  
Tagesordnungspunkt: WP-K3 Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

## Antragstext

- 1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
- 2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde der Menschen.
- 3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
- 4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken
- 5 Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.
- 6 Demokratie geht von den Bürger\*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
- 7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt freier Wettbewerb um die beste Idee und
- 8 Lösung - und hat deshalb die Kraft zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden
- 9 Probleme zu lösen. Sie lebt von gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt,
- 10 von der Kompromiss – und Koalitionsbereitschaft unter Demokrat\*innen. Im
- 11 Angesicht der Bedrohungen für unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen
- 12 uns als Land auf unsere demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie
- 13 stärken heißt, sie nach innen lebendig zu halten. Demokratie stärken heißt,
- 14 jetzt die drängenden Zukunftsfragen anzugehen.
- 15 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
- 16 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
- 17 streitbar unter Demokrat\*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
- 18 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
- 19 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.
- 20 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
- 21 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
- 22 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
- 23 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
- 24 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist\*innen und einen starken
- 25 Bevölkerungsschutz.
- 26 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
- 27 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
- 28 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
- 29 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
- 30 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe
- 31 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.
- 32 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie
- 33 Russland oder China.
- 34 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische
- 35 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

36 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und  
37 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und  
38 Demokratie. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und reformieren. Als  
39 größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür besondere  
40 Verantwortung.

41 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und  
42 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die  
43 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische  
44 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Konflikt in Nahost, humanitäre Notlagen wie  
45 in Gaza oder im Sudan, aber auch die Klimakrise erfordern höchste  
46 Aufmerksamkeit. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für  
47 die internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen  
48 wir Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen  
49 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten  
50 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden.

51 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die  
52 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,  
53 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem  
54 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.  
55 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und  
56 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die  
57 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe  
58 und Selbstbestimmung.

## 59 **A. Eine lebendige Demokratie**

### 60 **Für demokratischen Zusammenhalt**

61 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in  
62 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder  
63 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in  
64 Kirchen, Moscheen oder Synagogen kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören  
65 auch kulturelle Einrichtungen wie Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die  
66 Raum für neue Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben.

67 Damit wir gut zusammen leben, müssen Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur  
68 funktional und sauber, sondern für alle Menschen sicher sein. Wir schaffen  
69 öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen, weil sie Zugang haben  
70 und sich wohlfühlen. Auch Kulturorte, Geschäfte und Gastronomie sind Teil davon:  
71 Wir wollen diese Orte im Gewerbemietrecht vor Verdrängung schützen.

72 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und  
73 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal  
74 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.  
75 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung  
76 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und  
77 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern

78 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von  
79 Journalist\*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –  
80 auch durch gemeinnützige Ansätze. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf  
81 attraktiver und sicherer, um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu  
82 gewinnen.

83 Wir würdigen den Beitrag der Kirchen sowie der Religions- und  
84 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt.

## 85 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

86 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere  
87 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte – auch weil  
88 aus ihr die Chance auf eine gute Zukunft erwächst. Deshalb zählt ein guter  
89 Geschichtsunterricht an den Schulen zum Fundament unserer Demokratie. Deshalb  
90 pflegen wir unsere Erinnerungsorte – in denen wir etwas über das  
91 Menschheitsverbrechen der Shoah erfahren, aber auch über demokratische Aufbrüche  
92 und bürgerschaftlichen Mut.

93 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!  
94 Deswegen ist es wichtig, die KZ-Gedenkstätten mit ausreichend Mitteln  
95 auszustatten. Besonders nach dem Verschwinden der Zeitzeug\*innen sind sie  
96 wichtige Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an  
97 kommende Generationen. Deswegen wollen wir es allen Schüler\*innen ermöglichen,  
98 einmal in ihrer Schulzeit eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch  
99 finanziell unterstützen.

100 Wir intensivieren die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm  
101 resultierenden historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei  
102 nehmen wir explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die  
103 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung werden  
104 wir weiter aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

105 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen. Wir  
106 stehen zur Realisierung des geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg  
107 und deutsche Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“.  
108 Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht werden wir konsequent fortführen und  
109 die Errichtung des Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft  
110 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute an den oft  
111 schwerwiegenden Folgen, sie müssen besser unterstützt werden. Opfer des DDR-  
112 Doping-Systems wollen wir in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufnehmen.

113 Gleichzeitig erinnern wir uns an das einzigartige Glück Deutschlands, die  
114 friedliche Revolution geschafft zu haben, weshalb wir heute in einem vereinten  
115 Deutschland im Herzen Europas leben können. Das Zukunftszentrum für Deutsche  
116 Einheit und Europäische Transformation in Halle wollen wir als einen Ort der  
117 Würdigung, des Austausches der Erfahrungen und der Forschung unterstützen.

118 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen  
119 Kolonialvergangenheit im Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben und

120 wollen dies durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler  
121 Initiativen in die Gesellschaft tragen.  
122 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der  
123 Einwanderungsgesellschaft öffnen und die Erinnerung an die Opfer von rechter  
124 Gewalt dauerhaft darin aufnehmen.

## 125 **Für handlungsfähige Kommunen**

126 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu  
127 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen  
128 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger\*innen verlässliche öffentliche  
129 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe  
130 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft  
131 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.  
132 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu  
133 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,  
134 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Schwimmbäder, Jugendclubs, Sportplätze und  
135 Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro. Durch den  
136 Deutschlandfonds geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend  
137 notwendigen Investitionen zu finanzieren.  
138 Viele finanzschwache Kommunen stecken in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder  
139 eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine faire Unterstützung bei  
140 kommunalen Altschulden ein. An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die  
141 Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder  
142 Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.  
143 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die  
144 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von  
145 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.  
146 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach  
147 klaren Regeln gestalten. Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur  
148 Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich  
149 die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort. Für mehr  
150 Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus.

## 151 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

152 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige  
153 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von  
154 Bürger\*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht  
155 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch  
156 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir  
157 unsere demokratische Kultur. Der Schutz der Demokratie ist eine zentrale Aufgabe  
158 des Staates, deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ mit einem  
159 Demokratiefördergesetz absichern.

160 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,  
161 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und

162 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,  
163 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als  
164 auch im Internet stärker geahndet werden.

165 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender  
166 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für  
167 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und  
168 Unparteilichkeit stärken wollen. Auch die politischen Stiftungen liefern einen  
169 wichtigen Beitrag für die politische Bildungsarbeit in unserer pluralen  
170 Demokratie, soweit sie auf dem gemeinsamen Boden unserer demokratischen  
171 Grundordnung stehen.

172 Mit Bürgerräten besteht die Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert\*innen  
173 des Alltags“ in einem repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu  
174 stärken.

175 Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss die Möglichkeit  
176 haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen  
177 gleichberechtigt teilzunehmen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das  
178 kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

179 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das  
180 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und  
181 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen  
182 für ein starkes Parlament. Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen  
183 wir transparenter gestalten und Lobbytreffen der Regierung wie in der  
184 Europäischen Kommission sichtbar machen. So sollen die Sitzungen der  
185 Fachausschüsse in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden.  
186 Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen jährlichen Höchstbetrag  
187 deckeln.

188 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer  
189 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch  
190 für diese Organisationen gelten.

191 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das  
192 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

### 193 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

194 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie  
195 engagieren sich im Sportverein, organisieren Kulturveranstaltungen oder  
196 unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen sich ehrenamtlich in die  
197 freiwillige Feuerwehr oder das Rote Kreuz ein. Viele junge Menschen entscheiden  
198 sich, ein Jahr ihres Lebens nach der Schule in den Dienst der Gesellschaft zu  
199 stellen.

200 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst  
201 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische  
202 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und  
203 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,

204 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Zusammen mit Ländern und  
205 Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch  
206 von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen  
207 Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum  
208 freiwilligen Engagement auch für Menschen mit geringem Einkommen,  
209 Migrationsgeschichte oder Behinderungen verbessern.

210 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im  
211 Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Viele Menschen  
212 – ob jung oder alt – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir  
213 müssen die Türen dafür weiter aufmachen. Dafür wollen wir auch die Bedingungen  
214 für Freiwillige verbessern.

215 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre  
216 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir  
217 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass  
218 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen  
219 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch  
220 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen.

## 221 **Für Sport, der verbindet**

222 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.  
223 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale  
224 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der  
225 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

226 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische  
227 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern  
228 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte und  
229 Nachhaltigkeitsziele fester Bestandteil der Sportpolitik sein müssen. Wir wollen  
230 mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen Sportverbänden  
231 vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

232 Mit dem Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und  
233 Schwimmbädern werden wir den Breitensport stärken und gute Bedingungen für die  
234 Schwimmausbildung oder das Training vor Ort schaffen. Die Belange von Mädchen  
235 und Frauen sowie Inklusion fördern wir gezielt mit unserer Sportpolitik. Mit  
236 einer nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von  
237 Leistungssportler\*innen verbessern und die Mittelvergabe transparenter  
238 gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet und anerkannt  
239 wird.

240 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen  
241 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

242 Fans sind essenziell. Deswegen wollen wir die Fanhilfen in ihrer Arbeit stärken.  
243 Gerade in dem Engagement gegen Rechtsextremismus nehmen die Fanprojekte eine  
244 wichtige Bedeutung ein.



## 245 **Für gute Justiz und einen handlungsfähigen Rechtsstaat**

246 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,  
247 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. Dafür braucht es  
248 genügend Richter\*innen und Staatsanwält\*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie  
249 eine entschiedene Digitalisierung der Justiz.

250 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den  
251 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein  
252 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von  
253 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass  
254 mehrere Kläger\*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.  
255 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren  
256 entlasten. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr  
257 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder  
258 spezialisieren. Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein  
259 wichtiges Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dagegen gehen wir mit  
260 einem Nationalen Aktionsplan vor.

261 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte  
262 oder Zeug\*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

263 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir  
264 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält\*innen transparent ausgestalten.  
265 Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein. Eine gute Justiz muss  
266 auch widerstandsfähig gegen Extremist\*innen sein. Daher werden wir  
267 rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor  
268 Verfassungsfeind\*innen geschützt ist.

269 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht  
270 begleichen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu  
271 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des  
272 Strafrechts geregelt werden können.

273 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür  
274 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der  
275 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und  
276 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

## 277 **Für digitale Bürger\*innenrechte**

278 Freiheitsrechte und Bürger\*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt  
279 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)  
280 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer  
281 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen  
282 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu  
283 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen  
284 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst  
285 unbürokratisch umgesetzt werden.

286 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.  
287 Ihre Grenzen findet sie, wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder  
288 Volksverhetzung erfüllt sind. Solche Hassrede muss konsequent gelöscht und  
289 Accounts, die Hetze verbreiten, schneller gesperrt werden. Dafür sorgen wir mit  
290 einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer\*innen. Die  
291 algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem  
292 Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir  
293 wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine  
294 konsequente Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa und  
295 Deutschland ein. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und  
296 rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.

297 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.  
298 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf bürgerrechtsschonende  
299 Instrumente wie das sogenannte Quick-Freeze zur Verfolgung von Straftaten.  
300 Anlasslose Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle lehnen wir ab.

### 301 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

302 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.  
303 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt  
304 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Antisemitismus, Rassismus,  
305 Queer- und Behindertenfeindlichkeit überwinden, denn sie schwächen unseren  
306 Zusammenhalt.

307 Damit Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Arbeit  
308 Diskriminierung erfahren, den Rechtsstaat auf ihrer Seite wissen, werden wir das  
309 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren, den Anwendungsbereich ausweiten  
310 und Schutzlücken schließen. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung  
311 durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5.  
312 Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben. Wir wollen, dass  
313 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut  
314 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt wird. Mit einem  
315 Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame  
316 Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für  
317 Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir  
318 die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und  
319 die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter  
320 stärken.

321 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer  
322 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Wir sorgen dafür, dass Jüdinnen und  
323 Juden in Sicherheit leben können und ihre Einrichtungen geschützt werden.  
324 Antisemitische Vorfälle müssen konsequent verfolgt und dokumentiert werden. Die  
325 älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern.

326 Mit einem Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit gehen wir gegen die  
327 Diskriminierung von muslimischen Menschen vor. Die Imam\*innenausbildung in  
328 Deutschland treiben wir voran und stärken damit die Unabhängigkeit der  
329 islamischen Gemeinden.

330 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der  
331 Expertenkommission Antiziganismus umsetzen und einen Staatsvertrag mit der  
332 Minderheit auf Bundesebene schließen.

333 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch in ihren Institutionen  
334 widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Vielfalt – sowohl  
335 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent  
336 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Mit einem  
337 Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken wir die Teilhabe  
338 von Menschen mit Migrationsgeschichte.

## 339 **Für Frauenrechte**

340 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,  
341 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus und der Einsatz für Frauenrechte sind  
342 dafür essenziell. Nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit  
343 konsequent bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil  
344 rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und  
345 weiter voranschreiten.

346 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das  
347 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.  
348 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als  
349 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher  
350 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine  
351 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und  
352 hochwertige Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht  
353 zu Hause: Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im  
354 Alltag sind sie aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt  
355 bedroht.

356 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer  
357 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen  
358 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung  
359 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,  
360 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen  
361 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren  
362 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und  
363 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie  
364 Polizei umfassend geschult werden. Um Annäherungsverbote in Fällen von  
365 häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der Einsatz der elektronischen  
366 Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen  
367 flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer  
368 Spurensicherung und der „Pille danach“.

369 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht  
370 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende  
371 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Frauen, deren Aufenthaltsstatus von  
372 ihrem gewalttätigen Partner abhängt, sollen einen eigenständigen  
373 Aufenthaltstitel erhalten.

374 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende  
375 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Wir wollen den  
376 ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln.

377 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter\*innen werden wir  
378 stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie nicht bleiben.  
379 Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in prekären Situationen,  
380 muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade beim Ausstieg aus der  
381 Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten müssen strenger  
382 kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des  
383 Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu  
384 gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen  
385 sicherzustellen. Eine Kriminalisierung und Stigmatisierung von Betroffenen  
386 schützt diese nicht, sondern verweist sie in die Illegalität, in der sie kaum  
387 von Hilfsangeboten erreicht werden können.

## 388 **Für Selbstbestimmung**

389 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der  
390 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in  
391 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und  
392 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten und  
393 Vorständen von großen Unternehmen. Die bereits bestehenden Regelungen wollen  
394 weiterentwickeln und stärken, wo sie sich als nicht als effektiv genug erweisen.

395 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten  
396 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen  
397 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte  
398 Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt  
399 werden. Wir treten dafür ein, dass die notwendige Beratung durch ein  
400 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft  
401 garantiert ist. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff mit  
402 der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den  
403 vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen  
404 und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

405 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes  
406 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen  
407 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend  
408 berücksichtigen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere  
409 Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

## 410 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

411 Als Gesellschaft verbindet uns der Wunsch, frei und selbstbestimmt zu leben.  
412 Politik muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische,  
413 schwule, bi, trans\*, inter\* und queere Menschen (LSBTIQ\*) Gewalt und  
414 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin.

415 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan  
416 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur  
417 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel  
418 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir  
419 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in  
420 Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und Hasskriminalität gegen LSBTIQ\*  
421 entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die Erfassung von queerfeindlichen  
422 Straftaten.

423 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie  
424 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll es unter anderem einen Anspruch auf bei  
425 einer Transition notwendige medizinische Maßnahmen geben und die Kosten von den  
426 Krankenkassen übernommen sowie Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir schließen  
427 die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an intergeschlechtlichen  
428 Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht gegenüber trans- und  
429 intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt oder  
430 Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen. Lücken beim Verbot sogenannter  
431 Konversionstherapien werden wir schließen und die Aufklärungsarbeit über HIV  
432 sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und aktuelle Behandlungs- und  
433 Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt\*innen vorantreiben. Wir ermöglichen den  
434 diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen für alle.

435 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für  
436 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden  
437 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht  
438 und berücksichtigen dabei die Elternschaft von trans\*, inter\* und nicht binären  
439 Menschen. Wir verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei  
440 Eltern. Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich  
441 verbindlich füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im  
442 Alter stärker in den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von  
443 älteren LSBTIQ\*-Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser  
444 berücksichtigen, damit sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können.

## 445 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 446 **und eine inklusive Gesellschaft**

447 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der Menschen mit Behinderung  
448 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,  
449 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit wird. Die Behindertenrechtskonvention der  
450 Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab unseres Handelns. Um das zu erreichen,  
451 richten wir eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter Beteiligung von  
452 Betroffenen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.

453 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden:  
454 Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei machen.  
455 Auch Anbieter\*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen sollen  
456 Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit  
457 einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen  
458 Barrierefreiheitstool unterstützen.

459 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch  
460 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und zu unserem Wohlstand beitragen  
461 können. Wir wollen deshalb das heutige ausgrenzende Werkstättensystem in  
462 Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne  
463 Behinderung gemeinsam arbeiten, mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und  
464 Rentenansprüche erwerben können. Auch die inklusive Aus- und Weiterbildung  
465 wollen wir fördern. Die ergänzenden Beratungsstellen wollen wir in allen  
466 Regionen verfügbar machen.

467 Die Eingliederungshilfe mit ihren Schnittstellen – insbesondere zu Sozialhilfe,  
468 Behandlung und Pflege – wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene  
469 niedrigschwellig und schnell Zugang zu Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch,  
470 die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und  
471 Gerichten zu beschleunigen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung selbst  
472 entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch deshalb wollen wir den Ausbau  
473 inklusiver Wohnformen vorantreiben und fördern und die Beratung dazu verbessern.  
474 Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken,  
475 wollen wir abbauen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget, mit dem Menschen  
476 mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen  
477 Gutschein erhalten. Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von  
478 Einkommen und Vermögen.

479 Menschen mit Behinderung sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte  
480 Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und  
481 bauen den Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus.

## 482 **Für lebendige Kunst und Kultur**

483 Kunst und Kultur handeln davon, was uns als Menschen ausmacht – von der Realität  
484 und anderen Möglichkeiten, vom Denken und Fühlen, von Erinnerungen und  
485 Zukünften. Eine freie Kultur ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil unseres  
486 demokratischen Zusammenlebens. Gegen antidemokratische Bewegungen, die einen  
487 ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft führen, arbeiten wir für  
488 die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der Künstler\*innen und ihrer  
489 diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik, Theater, Tanz oder  
490 bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club oder Oper, ob  
491 öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und Kreativwirtschaft.  
492 Indem wir ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und  
493 Kultur umfassend und in der Breite.

494 Clubs und Livemusikstätten sind Kulturorte. Wir schaffen Rahmenbedingungen  
495 dafür, dass sie auch in Innenstädten zu einem attraktiven Kulturangebot  
496 beitragen können. Die großen Bundeskulturinstitutionen wollen wir als  
497 Stabilitätsanker der Kulturlandschaft stärken und weiter öffnen. Es kommt darauf  
498 an, diese Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb  
499 werden wir den Kulturpass ausbauen. Mit ihm bekommen 18-Jährige ein Guthaben, um  
500 Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir damit die Nachfrage und  
501 unterstützen so verschiedene Kulturanbieter in Stadt und Land. Durch die Green  
502 Culture Anlaufstellen, die wir erfolgreich gestartet haben, unterstützen wir das

503 gesamte Spektrum der Kulturlandschaft bei der Umstellung auf einen nachhaltigen  
504 Betrieb.

505 Kulturproduzent\*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir  
506 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Die begonnene  
507 Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche  
508 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung  
509 werden wir abschließen. Auch den Games-Standort Deutschland stärken wir mit  
510 einer steuerlichen Games-Förderung. Für die kleinen Verlage werden wir eine  
511 Verlagsförderung einführen. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer  
512 Ebene ist die Vielfalt der kleinen und mittleren Kulturunternehmen Teil unserer  
513 europäischen Identität und muss deshalb durch die richtigen politischen  
514 Rahmenbedingungen gestärkt werden.

515 Kultur ist auch harte Arbeit. Deshalb wollen wir die soziale Lage der  
516 Künstler\*innen und Kulturproduzent\*innen nachhaltig verbessern, indem wir die  
517 Künstlersozialversicherung zukunftsfest machen, die soziale Absicherung für  
518 Soloselbstständige verbessern und an den in dieser Wahlperiode von der  
519 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten  
520 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen.

521 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von  
522 Künstler\*innen kämpfen. Wir haben im EU-KI-Gesetz die Stellung von Urheber\*innen  
523 gestärkt. Bei der Verwendung von künstlerischen Werken als Trainingsdaten für  
524 KI-Systeme wollen wir prüfen, wie eine angemessene Vergütung von Urheber\*innen,  
525 zum Beispiel durch Lizenzmodelle, ermöglicht werden kann.

## 526 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

527 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist Teil unserer  
528 gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine  
529 Gestaltungsaufgabe, der wir uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar  
530 nicht in Europa.

531 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften  
532 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort  
533 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um  
534 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein  
535 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem  
536 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim  
537 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit  
538 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach  
539 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung  
540 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu  
541 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,  
542 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die  
543 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine  
544 echte Willkommenskultur. Mit der Einführung eines modernen  
545 Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der Realität unserer vielfältigen  
546 Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die Staatsbürgerschaft stellt für

547 Menschen, die schon lange hier leben – zum Beispiel die Generation der  
548 Gastarbeiter\*innen –, ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und  
549 Zugehörigkeit sicher.

550 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie  
551 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
552 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
553 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des  
554 „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist. Außerdem braucht es für beides –  
555 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente der Integration. Mit dem  
556 Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung  
557 geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die  
558 Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und  
559 pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.  
560 Dafür wollen wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische  
561 Entscheidungen einbeziehen und ein beratendes Gremium mit Expert\*innen aus  
562 Wissenschaft, Forschung, der kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

563 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen  
564 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen an die, die zu uns kommen, sowie  
565 an alle, die schon länger hier leben, und gelingt nur, wenn wir zusammenkommen  
566 und einen gemeinsamen Weg einschlagen. Damit das gelingt, braucht es auch  
567 dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem  
568 Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich  
569 die Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für  
570 einige überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die  
571 Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell  
572 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von bedarfsgerechten und guten  
573 Integrations- und Sprachkursen. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum  
574 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Bund, Länder, Kommunen und die  
575 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den  
576 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.  
577 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie  
578 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbbares geleistet.

579 Der stärkste Motor für Integration sind Arbeit und Beschäftigung. Denn dort, wo  
580 Menschen gemeinsam etwas schaffen, wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer  
581 arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden  
582 bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und  
583 beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der  
584 Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze  
585 Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn  
586 durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen  
587 wir auch Planungssicherheit für Arbeitgeber und Geflüchtete. Mit frühzeitiger  
588 Beratung und einem Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute  
589 Perspektiven bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können.



## 590 **Für ein Land, das Schutz bietet**

591 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die  
592 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich  
593 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die  
594 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen  
595 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, verlässlicher und ausreichend  
596 finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer nachhaltigen  
597 Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handelsbedingungen leisten wir hierzu  
598 unseren Beitrag und setzen uns dafür ein, dass andere Länder ebenso  
599 Verantwortung übernehmen.

600 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.  
601 So wie andere Länder für Deutsche zur Heimat wurden, verteidigen wir heute das  
602 Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie  
603 der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir wollen schnelle und faire Verfahren und  
604 damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wir stehen  
605 weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen  
606 und nicht behindern. Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder –  
607 auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den  
608 Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben.

609 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer  
610 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen  
611 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem  
612 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die  
613 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere  
614 Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär  
615 zurückgeführt werden.

## 616 **Für eine europäische und internationale Flucht- und** 617 **Migrationspolitik**

618 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit  
619 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in  
620 Europa.

621 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir auf  
622 nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um. Menschenrechte müssen  
623 überall in der EU eingehalten werden – auch an den Außengrenzen. Dafür setzen  
624 wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes  
625 Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler  
626 Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen  
627 im Asylverfahren berücksichtigt werden.

628 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
629 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,  
630 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
631 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
632 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende

633 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
634 ablenken. Daher setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten  
635 und auf Modelle, die sichere Migrationswege ermöglichen und ungeordnete  
636 Migration reduzieren.

637 Zugleich sehen wir, dass Putins Russland und Lukaschenkos Belarus das Recht auf  
638 Asyl auf dem Rücken von Geflüchteten für geopolitische Interessen missbrauchen.  
639 Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um  
640 die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden, insbesondere durch Staaten wie  
641 Russland und Belarus, zu verhindern. Die Entrechtung von Menschen, die durch  
642 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab.

643 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen  
644 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa. Der offene europäische  
645 Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre  
646 Binnengrenzkontrollen lehnen wir deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in  
647 Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt. Daher sind  
648 rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen und eine zuverlässige  
649 Registrierung der Menschen unabdingbar.

650 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine  
651 staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen  
652 wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der  
653 Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.

654 Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere  
655 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig  
656 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und  
657 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte  
658 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige  
659 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker  
660 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch  
661 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.

662 Wir wollen, dass besonders gefährdete Gruppen Schutz finden, ohne  
663 lebensgefährliche Fluchtrouten wählen zu müssen. Dazu wollen wir humanitäre  
664 Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete  
665 Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von  
666 Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.

## 667 **B. Ein Leben in Sicherheit**

### 668 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

669 Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig  
670 wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben  
671 können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Eine gut  
672 ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine wirksame Kriminalprävention.

673 Engagierte Polizist\*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben  
674 und unsere Bürger\*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

675 Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass  
676 sie das Personal, die Technik und auch die rechtsstaatlichen Befugnisse haben,  
677 die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die gesetzlichen  
678 Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz werden wir  
679 modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.

680 Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen  
681 Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.  
682 Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss  
683 hier technisch mithalten können.

684 Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir ihre Entwicklung im Blick behalten und  
685 wissenschaftliche Expertise einbeziehen. Den periodischen Sicherheitsbericht,  
686 der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich verankern.

687 Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist\*innen in Zukunft schwieriger  
688 wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Die Anzahl an legalen und  
689 illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Noch immer  
690 werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im häuslichen  
691 Bereich. Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und  
692 anderer gefährlicher Waffen weiter einschränken.

693 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes haben  
694 wir eine Anlaufstelle für Polizist\*innen und Bürger\*innen geschaffen, die wir  
695 stärken wollen. Mit einem Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für  
696 Kontrollen darlegt, wollen wir polizeiliches Handeln transparenter machen. In  
697 der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität sensibilisieren.

698 Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr  
699 Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen  
700 wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die  
701 europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt  
702 weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

## 703 **Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte** 704 **Kriminalität**

705 Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.  
706 Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland  
707 wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu  
708 spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine  
709 wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale  
710 Drogenhandel. Der Schaden für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle  
711 Gruppierungen legale Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder  
712 den Immobilienhandel unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

713 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen  
714 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die

715 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund  
716 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte  
717 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Auch internationale Kooperationen  
718 werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen oder den Einsatz  
719 von Kontaktbeamt\*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der EUSTA wollen wir  
720 auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität  
721 ausweiten.

722 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen  
723 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er  
724 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen  
725 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft  
726 gelingen und muss auf Prävention und Aufklärung setzen.

## 727 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 728 **Steuerbetrug**

729 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden  
730 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem  
731 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten  
732 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu  
733 einer Finanzpolizei ausbauen.

734 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.  
735 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch  
736 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Mit einer bundesweiten Servicestelle  
737 wollen wir die Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für  
738 die Länder nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld  
739 mithilfe komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln  
740 wir das Transparenzregister für Unternehmen weiter.

741 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere  
742 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Steuerschlupflöcher schließen,  
743 damit Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum der Vergangenheit angehören. Die  
744 Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur Verfolgung schwerer  
745 Finanzkriminalität wollen wir deutlich steigern. Mehr Transparenz zu  
746 Unternehmenssteuern und Eigentumsverhältnissen und bessere Kapazitäten im  
747 Steuervollzug helfen dabei.

## 748 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

749 Extremismus – egal ob politisch oder religiös motiviert – sät Hass, spaltet  
750 unsere Gesellschaft und ist der Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil er sich  
751 stetig wandelt und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer wird,  
752 müssen wir ihm aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente  
753 entsprechend anpassen. Gerade junge Leute radikalisiert sich heute vermehrt im  
754 digitalen Raum.

755 Die größte Gefahr geht aktuell laut Bundesamt für Verfassungsschutz vom  
756 Rechtsextremismus aus. Und der Islamismus ist eine sehr ernste Bedrohung.

757 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass Menschen in den Extremismus  
758 abrutschen – diese Arbeit wollen wir durch eine starke, dauerhafte Finanzierung  
759 sichern. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Islamismus  
760 aufklären, Angebote für Aussteiger\*innen aus der rechtsextremen Szene oder  
761 Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir mit  
762 einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

763 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet  
764 und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der Staat muss  
765 sicherstellen, dass Extremist\*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in  
766 Sicherheitsbehörden tätig sind. Verfassungsfeind\*innen müssen konsequent  
767 entwaffnet werden.

768 Wir werden unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus stärken und  
769 das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend Personal, Technik und  
770 rechtsstaatlichen Befugnissen ausstatten, damit sie Terrorist\*innen ausfindig  
771 machen und Anschläge rechtzeitig aufdecken können. Top-Gefährder\*innen  
772 müssen stets im Blick der Sicherheitsbehörden sein, lückenlos überwacht und – wo  
773 immer möglich – aus dem Verkehr gezogen werden. Damit das gelingt, muss  
774 europaweit einheitlich klar sein, wen wir als Gefährder\*innen in den Blick  
775 nehmen.

776 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern  
777 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –  
778 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.  
779 Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle notwendigen Befugnisse haben,  
780 um Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

781 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme  
782 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden  
783 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir, dass die Unterstützung für die Opfer und  
784 deren Angehörige vom Staat weiter gestärkt wird. Damit sie eine zuverlässige  
785 Anlaufstelle haben, haben wir das Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir  
786 wollen die Aufarbeitung von Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen  
787 gedenken.

## 788 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

789 Naturkatastrophen oder schwere Unglücke: Außerordentliche Ereignisse können das  
790 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen  
791 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden  
792 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

793 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können  
794 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit  
795 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen  
796 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der  
797 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder den Hilfsorganisationen  
798 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen oder  
799 Erleichterungen für Ehrenamtliche.

800 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße  
801 Ausrüstung und moderne Fahrzeuge. Wir werden weiter in den Bevölkerungsschutz  
802 investieren und die Warninfrastruktur ausbauen. Wir wollen, dass sich der Bund  
803 stärker engagiert, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe  
804 (BBK) mehr Kompetenzen bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit  
805 ausgebaut wird.

## 806 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

807 Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder  
808 Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren  
809 Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit  
810 stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen  
811 Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen  
812 gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in  
813 Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und  
814 Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge  
815 an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie  
816 verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Für uns ist  
817 ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen  
818 Sicherheitsstrategie verankert haben.

819 Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine  
820 wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend  
821 eine gute Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren erkennen und bewältigen können.  
822 Das Bundesamt für Verfassungsschutz werden wir in der Spionageabwehr und den  
823 Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so aufstellen, dass sie besser  
824 als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen können. Den Militärischen  
825 Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und  
826 die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische  
827 Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen  
828 Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde  
829 Nachrichtendienste und parlamentarische Kontrolle.

830 Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben  
831 wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer  
832 Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere  
833 Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere  
834 Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz  
835 wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische  
836 Investor\*innen schließen.

## 837 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

838 Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch  
839 Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu  
840 beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive  
841 Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und  
842 die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen

843 braucht es wachsame Institutionen und verlässliche Informationen, beispielsweise  
844 durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die Menschen bei der Erkennung von  
845 Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in anderen demokratischen  
846 Gesellschaften, wie wichtig es ist, Stellen zu haben, die Deepfakes, groß  
847 angelegte und gesteuerte Kampagnen mit Falschnachrichten und andere, die  
848 Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig erkennen. Die großen Medienplattformen  
849 werden wir in die Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von  
850 Desinformation vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im  
851 Auftrag eines fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden zur  
852 Bekämpfung von systematischer Desinformation und Organisierter Kriminalität  
853 sowie dem grenzenlosen Ausweiten von Hass und Hetze durch Bots anonymisierte  
854 Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können, angehen und  
855 dafür die effektiven Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im  
856 digitalen Raum verbessern.

857 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und  
858 unabhängige Berichterstattung und kann daher ein Punkt der Orientierung auch im  
859 Angesicht von Desinformationskampagnen sein. Es ist wichtig, dass er diese  
860 bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen kann. Die dafür nötigen Reformen  
861 sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und verlässlichen  
862 Rahmenbedingungen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Plattform, die  
863 länderübergreifend die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zusammenführt  
864 und zugänglich macht.

865 Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200  
866 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Diese Angriffe  
867 kommen hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir  
868 werden mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten  
869 und widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in  
870 der Informationstechnik muss eine stärkere Rolle beim Schutz digitaler  
871 Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser Ziel ist  
872 es, digitale Netze und Einrichtungen durch hohe IT-Sicherheitsanforderungen  
873 robust gegen Hackerangriffe zu machen. Mit „digitalen Botschaften“ wollen wir  
874 relevante öffentliche Datenbanken im europäischen Verbund absichern, um sie auch  
875 in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur  
876 Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen.

## 877 **Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit**

878 Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und  
879 Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue  
880 verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten  
881 Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür  
882 braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte  
883 Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu  
884 begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;  
885 sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für  
886 Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den

887 Schutz unserer Demokratie und unseres Sozialstaates zu sichern – im Einklang mit  
888 einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik sowie einer starken  
889 internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer integrierten Sicherheit  
890 brauchen eine verlässliche Finanzierung.

891 Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir  
892 in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer\*innen verteidigen seither  
893 Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen  
894 die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit  
895 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die  
896 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für  
897 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Das ist auch unser bester  
898 Eigenschutz hier im Herzen Europas. Die Souveränität der Ukraine in europäischer  
899 Solidarität muss sichergestellt sein. Wir unterstützen die vielfältigen  
900 diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine und ihrer Partner unter dem  
901 Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“. Zudem bekräftigen wir  
902 das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen die Ukraine auf ihrem Weg zur  
903 Mitgliedschaft in der EU und NATO.

## 904 **C. Eine starke Europäische Union**

### 905 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

906 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren  
907 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den  
908 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und  
909 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch  
910 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische  
911 Friedensordnung, von innen durch Extremist\*innen und Populist\*innen. Deshalb  
912 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen  
913 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein  
914 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach  
915 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit  
916 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die  
917 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb  
918 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren. Parallel  
919 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen  
920 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.  
921 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America first.

922 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen  
923 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das  
924 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in  
925 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen  
926 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume  
927 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:  
928 keine EU-Gelder für Antidemokrat\*innen. Wir wollen mit dem  
929 Konditionalitätsmechanismus im nächsten EU-Haushalt sicherstellen, dass



930 Regierungen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergraben, keine  
931 europäischen Gelder mehr bekommen.

932 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische  
933 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen  
934 bekommen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen  
935 gewählt werden. Bürger\*innen sollen breiter und effektiver beteiligt werden, die  
936 Europäische Bürgerinitiative wollen wir stärken.

## 937 **Für eine handlungsfähige EU**

938 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem  
939 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der  
940 Westbalkanstaaten, der Ukraine und Moldaus, sofern sie alle Beitrittskriterien  
941 erfüllen. Wir sehen den mutigen und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen  
942 Kräfte in Georgien und möchten diese unterstützen, um Georgien eine Zukunft in  
943 der EU zu ermöglichen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU,  
944 doch eine Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften  
945 Kurswechsel bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voraus.

946 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende  
947 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der  
948 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und  
949 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen  
950 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, soll eine „Koalition der Willigen“  
951 vorangehen können, die stets offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit  
952 Frankreich und Polen wollen wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir  
953 so stark in die deutsch-französische Kooperation und das Weimarer Dreieck  
954 investiert. Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener  
955 Verfassung.

956 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb  
957 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend  
958 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der  
959 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation  
960 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.  
961 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus, grenzüberschreitende  
962 Forschung oder gemeinsamen europäischen Grenzschutz werden wir stärken. Daneben  
963 braucht es verbindliche Ziele für den Klima- und Naturschutz und eine starke  
964 soziale Säule.

965 Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen  
966 die finanzielle Ausstattung der EU durch neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen,  
967 die durch europäische Instrumente entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt  
968 zugutekommen. Sollten die USA die globalen Vereinbarungen über die Besteuerung  
969 digitaler Großkonzerne nicht mehr umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine  
970 Europäische Digitalkonzernsteuer ein. Für die Bewältigung großer  
971 Herausforderungen haben sich zudem gemeinsame europäische Anleihen bewährt, etwa  
972 im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

## 973 **D. Außen- und Sicherheitspolitik in** 974 **Verantwortung**

### 975 **Für eine aktive Außenpolitik**

976 Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung  
977 übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.  
978 Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken  
979 Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,  
980 in einer stabilen Welt.

981 Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU  
982 als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Gemeinsam  
983 stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die  
984 Ukrainer\*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die  
985 Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.

986 Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit  
987 in Europa dar. Wir setzen auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische  
988 Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck  
989 auf das Regime erhöhen und unsere eigene Handlungsfähigkeit wahren. Wir reichen  
990 denjenigen Russ\*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen  
991 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit  
992 einsetzen.

993 Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz  
994 aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der  
995 USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,  
996 historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA  
997 ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische  
998 Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und  
999 Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1000 Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf  
1001 vielfältige und robuste Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen  
1002 Süden. Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika,  
1003 Lateinamerika und Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf  
1004 gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir  
1005 Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für globale  
1006 Herausforderungen wie den Kampf gegen den Klimawandel und in der systemischen  
1007 Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1008 China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen  
1009 Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu  
1010 erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch  
1011 die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-  
1012 Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der  
1013 deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent umzusetzen und  
1014 weiterzuentwickeln. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im  
1015 Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Klima.

1016 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die  
1017 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem  
1018 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns  
1019 unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und das  
1020 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen. Dauerhafte Sicherheit für  
1021 Israelis und Palästinenser\*innen ist nur durch einen politischen Prozess und  
1022 eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich.  
1023 Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die  
1024 Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid  
1025 zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so  
1026 intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit  
1027 werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen  
1028 erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist  
1029 unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist  
1030 unteilbar.

1031 Das Ende des Assad-Regimes in Syrien ist ein Aufatmen der syrischen Bevölkerung  
1032 nach jahrzehntelanger Unterdrückung, Vertreibung und Folter. Damit verbunden ist  
1033 die Hoffnung vieler Syrer\*innen auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Auf  
1034 diesem Weg wollen wir sie zusammen mit unseren Partnern unterstützen.

1035 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land  
1036 und destabilisiert die ganze Region. Wir werden die Sanktionen gegen die  
1037 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre  
1038 Einhaltung streng überprüfen. Dazu gehört auch die rechtssichere Terrorlistung  
1039 der Revolutionsgarden. Es braucht zudem weitere diplomatische Anstrengungen, um  
1040 die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.

1041 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und  
1042 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit  
1043 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage  
1044 dafür ist ein gemeinsames Lagebild über die Bedrohungen, Risiken und Chancen für  
1045 unsere Sicherheit sowie eine starke ressortübergreifende Koordination.

## 1046 **Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1047 Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die  
1048 multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der  
1049 Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät  
1050 zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,  
1051 Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine  
1052 Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke  
1053 des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1054 Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.  
1055 Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere  
1056 Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese  
1057 Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen.

1058 Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr  
1059 Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel  
1060 für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt und mehrjährig vergeben werden,  
1061 um Herausforderungen in fragilen Kontexten gerecht zu werden und die Planbarkeit  
1062 zu verbessern. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der humanitären Hilfe  
1063 einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen weiter stärken.  
1064 Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe bei der  
1065 notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer\*innen geschützt sind.

1066 Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft  
1067 sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung  
1068 zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir  
1069 Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese  
1070 strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale  
1071 Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung  
1072 aktiv vorantreiben. Denn niemand steht über dem Völkerrecht. In enger Abstimmung  
1073 mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche  
1074 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression ein.

## 1075 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1076 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und  
1077 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für Demokratie, Frauen-  
1078 und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend unter Druck. Autoritäre Regime  
1079 schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein, unterdrücken  
1080 zivilgesellschaftliches Engagement, bedrohen Aktivist\*innen und verfolgen  
1081 Dissident\*innen – auch im Ausland. In diesem Systemwettbewerb setzen wir uns  
1082 entschlossen für die liberale Demokratie ein und stärken dadurch auch unsere  
1083 Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1084 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für  
1085 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.  
1086 Dazu gehören auch Schutzprogramme für Menschenrechtsverteidiger\*innen – vor Ort  
1087 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele  
1088 verfolgte Menschenrechtsverteidiger\*innen. Wir wollen die Aufnahme von besonders  
1089 gefährdeten Aktivist\*innen durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren  
1090 weiter unterstützen sowie den Schutz vor transnationaler Repression durch  
1091 gemeinsame europäische Ermittlungen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen  
1092 verbessern.

1093 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis  
1094 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und  
1095 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen ausbauen. Mit  
1096 ehemaligen deutschen Kolonien wie Namibia haben wir den Versöhnungs- und  
1097 Aufarbeitungsprozess vorangetrieben und Verantwortung für unsere Vergangenheit  
1098 übernommen. Diese Schritte werden wir konsequent fortführen.

1099 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und  
1100 wirtschaftlich erfolgreicher. Eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik  
1101 bedeutet, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und

1102 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken. Wir wollen unseren Einsatz gegen  
1103 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser  
1104 unterstützen, den Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und Gewalt  
1105 vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen  
1106 Zusammenarbeit stärker verankern und mehr Mittel für Frauenrechtsorganisationen  
1107 bereitstellen. Denn Gesellschaften sind immer nur so stark, wie Frauen an der  
1108 Gesellschaft teilhaben.

1109 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen  
1110 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der  
1111 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns  
1112 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen in Afghanistan ein, stehen  
1113 an der Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid\*innen,  
1114 die besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter  
1115 schützen. Wir fordern die Innenminister\*innen der Länder dazu auf, einen  
1116 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid\*innen zu beschließen.

## 1117 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1118 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den  
1119 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der  
1120 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.  
1121 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in  
1122 der EU zusammenarbeiten.

1123 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen  
1124 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche  
1125 Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO  
1126 vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür  
1127 dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere  
1128 Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus  
1129 laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine  
1130 höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen. Wie zu Zeiten der Eurokrise und  
1131 der Pandemie braucht es auch auf europäischer Ebene eine gemeinsame finanzielle  
1132 Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in Europa, wie es die Europäische  
1133 Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir auch europäische Synergieeffekte  
1134 nutzen.

1135 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken  
1136 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile  
1137 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen  
1138 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
1139 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
1140 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir  
1141 dahingehend stärken.

1142 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von  
1143 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und  
1144 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten

1145schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und  
1146Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1147Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus  
1148Russlands in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir werden den  
1149Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken, den  
1150Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin konstruktiv begleiten und die Zusammenarbeit  
1151mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen. Es braucht dringend neue  
1152Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und Weltraum. Entwicklungen in  
1153diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege geführt werden. Für uns ist  
1154klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von letalen vollautonomen  
1155Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle über Leben und Tod  
1156entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf internationaler  
1157Ebene für eine Ächtung ein.

1158Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und  
1159Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem  
1160wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen  
1161auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten.

## 1162**Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1163Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO  
1164integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts  
1165der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –  
1166die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.  
1167Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall  
1168auch militärisch verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken  
1169und von Angriffen abzuhalten.

1170Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere  
1171internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in  
1172internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr  
1173müssen in multilateralen Bündnissen verankert und in ein politisches  
1174Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische, entwicklungspolitische  
1175und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen die parlamentarische  
1176Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die Evaluierung von  
1177Einsätzen verstetigen.

1178Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine  
1179große gesellschaftliche Verantwortung für alle, die in ihr dienen und dienen.  
1180Wir stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft  
1181abbildet und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Auch nach dem Ausscheiden  
1182aus dem Dienst muss klar sein: Wer bereit war, sein Leben für den Frieden  
1183einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient.

1184Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, wollen wir den  
1185freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver  
1186machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen Personal  
1187langfristig binden. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es schnelle

1188Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der Wehrerfassung,  
1189die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus wollen wir die  
1190Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel machen,  
1191beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1192Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr  
1193mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern  
1194ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir  
1195zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern  
1196abbauen. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame Investitionen und den  
1197politischen Willen, um nationale industriepolitische Interessen in den Dienst  
1198von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Ein bedarfsorientierter europäischer  
1199Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind zwei Seiten  
1200einer Medaille. Wir wollen klare, transparente und an Menschenrechten, unseren  
1201Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf  
1202nationaler und europäischer Ebene gesetzlich verankern – mit vorangehenden  
1203Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen.

## 1204 **Für globalen Klimaschutz**

1205Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie  
1206zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.  
1207Es ist in unserem unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen  
1208abzumildern.

1209Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die  
1210Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie  
1211schaffen auch massive wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten. Mit konsequenter  
1212Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik machen wir Deutschland  
1213zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere Staaten auf ihrem Weg zu  
1214klimaneutralem Wohlstand.

1215Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich  
1216für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende  
1217beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben  
1218gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.  
1219Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1220Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur  
1221internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der  
1222internationalen Klimakonferenz COP. Dafür wollen wir innovative  
1223Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit unseren Partnern darauf  
1224hinwirken, dass Investitionen mit den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda  
12252030 in Einklang gebracht werden. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt besondere  
1226Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und  
1227Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Wir  
1228unterstützen unsere Partner zudem beim Schutz der Biodiversität.

1229Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere  
1230Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie

1231 die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima- und  
 1232 Energiepartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden und  
 1233 Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch  
 1234 Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu  
 1235 gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten  
 1236 aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale  
 1237 Abhängigkeiten entstehen. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu Partnern bauen,  
 1238 die nicht alle unsere Werte teilen.

## 1239 **Für robuste Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

1240 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch  
 1241 internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und  
 1242 Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für  
 1243 menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt  
 1244 ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere  
 1245 Chinas und Russlands.

1246 Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten  
 1247 Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für  
 1248 nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.  
 1249 Unser Ansatz dafür ist feministisch und dekolonial. Wir wollen eine  
 1250 eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und  
 1251 weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet.

1252 Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter  
 1253 Repräsentanz in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale  
 1254 Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen  
 1255 treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen  
 1256 uns für solide Schuldenrestrukturierungen und -erlasse für besonders belastete  
 1257 Länder ein, um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten  
 1258 wir gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen  
 1259 Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

1260 Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir  
 1261 beispielsweise agrarökologische Ansätze, schützen Landrechte von  
 1262 Kleinbäuer\*innen und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive  
 1263 Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-  
 1264 Pandemie hat erneut gezeigt, dass Gesundheit globale und vorausschauende  
 1265 Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir Partnerländer im Aufbau  
 1266 ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die Weltgesundheitsorganisation stärken  
 1267 und langfristige Forschungs- und Entwicklungskooperation fördern.

1268 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält  
 1269 und mindestens die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
 1270 Entwicklung (OECD) vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des  
 1271 Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Darüber  
 1272 hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und  
 1273 Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue  
 1274 Finanzierungsziele für Klima und die Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des



1275massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir auch den deutschen  
1276Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen,  
1277insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes.  
1278Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten  
1279internationalen Handelns.

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.12.2024  
Tagesordnungspunkt: WP-P Präambel

## Antragstext

- 1 Bei den Bundestagswahlen am 23. Februar stehen Sie, liebe Bürgerinnen und
- 2 Bürger, vor einer wichtigen Entscheidung. Es geht darum, wer für unser Land in
- 3 dieser herausfordernden Zeit Regierungsverantwortung trägt.
- 4 Jetzt kommt es auf die Kraft unseres Zusammenlebens an, in dem die Menschen auch
- 5 in diesen herausfordernden Zeiten so viel einbringen und leisten. Wir nehmen
- 6 diese Kraft als Auftrag an die Politik, unser Land für die Menschen in den
- 7 kommenden Jahren besser, gerechter und einfacher zu machen. Als Auftrag, dass es
- 8 hier einfach funktioniert und der Alltag bezahlbar ist. Als Auftrag, unsere
- 9 Verantwortung in einer kommenden Regierung wahrzunehmen.
- 10 Deutschland hat viele große Stärken. Mit der Kraft von Ihnen, den Bürgerinnen
- 11 und Bürgern, die den Laden jeden Tag trotz der großen Herausforderungen am
- 12 Laufen halten. Auf der Arbeit. In der Familie. Mit viel Engagement und Einsatz.
- 13 Mit einem starken Sozialstaat, erfolgreichen Unternehmen und ebenso starkem
- 14 Mittelstand. Mit Anstrengung und Innovation, Vielfalt und Solidarität. Es ist
- 15 auch die Kraft unseres Landes als Einwanderungsland. Viele Menschen tragen hier
- 16 seit vielen Generationen zu unserem gemeinsamen Wohlstand bei, bringen sich ein
- 17 und gestalten unser Zusammenleben mit.
- 18 Es geht jetzt darum, diese Kraft als Zukunftskraft aufzunehmen: ökologisch und
- 19 ökonomisch, solidarisch und europäisch. Als Kraft, die sich den
- 20 Herausforderungen stellt und die Probleme löst. Mit einer Zuversicht, die aus
- 21 dem gemeinsamen Handeln kommt.
- 22 Denn die Herausforderungen in dieser Zeit sind groß. Viele Menschen stehen unter
- 23 Druck und haben Sorgen. Die Preise sind gestiegen, und der Lohn der eigenen
- 24 Arbeit wurde für viele durch Miete, Heizen und die nötigsten Ausgaben
- 25 aufgebraucht. Unser Frieden ist durch Putins Angriffskrieg bedroht.
- 26 Autoritarismus und Populismus haben spürbar an Einfluss gewonnen. Wer etwas für
- 27 unsere Demokratie tut, ist immer mehr mit Hass und Anfeindungen konfrontiert.
- 28 Die Klimakrise verschärft sich trotz des Einsatzes vieler weiter, und die Natur,
- 29 in der wir leben, wird weiter zerstört. Verspätete Züge, schlecht ausgestattete
- 30 KITAS und Papierkrieg mit den Ämtern zehren an den Nerven. Ein jahrelanger
- 31 Stillstand gefolgt vom Dauerkonflikt innerhalb der Ampelregierung hat Vertrauen
- 32 in die Politik insgesamt gekostet.
- 33 Eine Politik, die Probleme löst und die Dinge zum Besseren wendet, kann nur
- 34 gelingen, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern zuhört. Wenn sie nicht über die

35 Menschen redet, sondern mit ihnen – so wie das jeden Tag überall im Land an  
36 unseren Küchen- und Esstischen geschieht.

37 Wir haben in den vergangenen drei Jahren unsere Regierungsverantwortung  
38 wahrgenommen. In anspruchsvollen Jahren mit neuen Krisen. In einer schwierigen  
39 Regierungskonstellation. Wir haben die Jahre genutzt, um Schwung aufzunehmen und  
40 Probleme zu lösen. Probleme, die von Großen Koalitionen lange Jahre angehäuft  
41 wurden. Wir haben uns von der Abhängigkeit von Putin befreit. Wir haben den  
42 erneuerbaren Energien großen Rückenwind verliehen. Wir sind jetzt tatsächlich  
43 auf Kurs zum Erreichen der Klimaziele eingeschwenkt. Wir investieren in unsere  
44 deutsche und europäische Sicherheit und arbeiten an neuen Partnerschaften. Wir  
45 haben angefangen, die Zukunftskraft unserer Wirtschaft zu stärken, durch mehr  
46 Fachkräfte, mehr Innovation und weniger Bürokratie. Wir haben auch endlich  
47 wieder in den Erhalt der Natur investiert, in eine nachhaltige Landwirtschaft.  
48 Wir haben zum Erfolg des europäischen Green Deal beigetragen. Wir haben Kinder  
49 und Familien besser unterstützt.

50 Wir werben deshalb dafür, den Weg der Erneuerung fortzusetzen, ihn nicht wieder  
51 mit Hürden zu verstellen oder gar rückzubauen – wie es schon einmal geschehen  
52 ist. Mit dem vorliegenden Programm machen wir deutlich, worauf es für unser Land  
53 jetzt ankommt.

54 Nehmen wir unsere ökologische und ökonomische Zukunft in die Hand! Wachsen wir  
55 in die Zukunft!

56 Wir setzen in diesem Programm auf die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres  
57 Landes. Doch aus dem Zutrauen in die Wirtschaft erwächst zugleich der Auftrag,  
58 die Zukunftsblockaden zu lösen. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft in die  
59 Zukunft wächst: klimaneutral, innovativ, wettbewerbsfähig in einem gemeinsamen  
60 Europa. Ihre Kraft können Unternehmen nur entfalten, wenn sie Raum bekommen für  
61 unkomplizierte und pragmatische Lösungen – und sich zugleich auf klare Ziele und  
62 Rahmensetzungen verlassen können. Das verlangt von der Politik: Kurs halten.  
63 Verlässlichkeit herstellen. Regeln und Normen vereinfachen – ob von der  
64 Europäischen Union oder hausgemacht. Kurz: mehr ermöglichen.

65 Dabei kommt dem Schutz unseres Klimas und unserer Ökosysteme herausragende  
66 Bedeutung zu. Nur wenn sie intakt sind, kann unsere Sicherheit, unsere Freiheit  
67 und unser Wohlstand intakt sein. Verantwortung heißt, dem Rechnung zu tragen.  
68 Und die notwendige Erneuerung solidarisch zu gestalten. Jede und jeder mit den  
69 eigenen Möglichkeiten, Erfahrungen und Stärken.

70 Mit unserer Zukunftsagenda stellen wir die Weichen für Investition und  
71 Innovation, für Erneuerung in Fairness und Solidarität, für Dynamik statt  
72 bürokratischer Lähmung. Mit dem „Deutschlandfonds“ werden wir in Bund, Ländern  
73 und Kommunen die notwendigen Mittel für die Investitionen in diese Zukunft  
74 mobilisieren. Er stärkt unsere gemeinsamen Infrastrukturen, auf die Gesellschaft  
75 und Wirtschaft so dringend angewiesen sind. Zu diesem Investitionsfonds schlagen  
76 wir einen „Pakt für ein modernes Deutschland“ vor – zu dem alle politischen  
77 Ebenen eingeladen sind: Bund, Länder und vor allem die Kommunen. Verständigen

78 wir uns in dieser Zeit neu, wie wir unser Land im Dienst der Menschen auf  
79 Vordermann bringen – zusammen und nicht gegeneinander!

80 Nehmen wir unsere soziale Zukunft in die Hand! Sorgen wir dafür, dass alle  
81 Menschen fair dabei sind und die Dinge des alltäglichen Lebens bezahlbar sind!

82 Wir bauen in unserem Programm auf die soziale Kraft unseres Landes. Aus diesem  
83 Zutrauen in die Menschen erwächst für uns der Auftrag, einen ernsthaften Beitrag  
84 zu leisten, dass alle Menschen dabei sein können. Und dass der Alltag wieder  
85 bezahlbar ist. Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität  
86 und bezahlbare Mieten.

87 Gute Bildung, gute Arbeit, verlässliche Mobilität und bezahlbares Wohnen sind  
88 die zentralen Faktoren, an denen sich die Lebenschancen der Menschen  
89 entscheiden. Ein faires Steuersystem ist dafür die Voraussetzung. Wir setzen uns  
90 mit Nachdruck dafür ein, dass unsere Kitas, Schulen und Hochschulen gestärkt  
91 werden. Damit sie allen Kindern eine Chance auf einen guten Start ins Leben  
92 bieten. Wir unterstützen gute Arbeit durch faire Löhne und einen höheren  
93 Mindestlohn. Durch Gleichberechtigung für Frauen, auch auf dem Arbeitsmarkt. Und  
94 wir machen Wohnen bezahlbarer, indem wir Mietsteigerungen begrenzen, sozialen  
95 Wohnungsbau unterstützen und eine realistische Neubaustrategie vorlegen.

96 Nehmen wir unsere gesellschaftliche und demokratische Zukunft in die Hand!  
97 Sichern wir unseren Frieden in Freiheit!

98 Wir setzen in dem Programm auf die gesellschaftliche und demokratische Kraft der  
99 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, auf die Kraft unserer gemeinsamen  
100 Republik in ihrer Vielfalt. Doch auch dieses demokratische Zutrauen in die  
101 Bürgerinnen und Bürger erfordert einen neuen Auftrag an die Politik, unsere  
102 demokratischen Institutionen und unser demokratisches Zusammenleben lebendig zu  
103 halten und zu stärken.

104 Unsere demokratische Kraft entsteht, wenn Menschen sich als Gleiche begegnen,  
105 wenn aus dem freien Austausch unterschiedlicher Ansichten der Wettstreit um die  
106 bessere Lösung wird. Deshalb müssen wir unsere öffentlichen Räume stärken. Die  
107 gemeinsamen Orte, an denen Übereinstimmung sichtbar wird und Unterschiede  
108 ausgetragen werden: eine gute Schule; gute Arbeitsplätze; eine starke und  
109 vielfältige Medienlandschaft; starke öffentliche Räume, die uns in Vielfalt  
110 verbinden, des Sports und der Kultur. All diese Orte sind die Voraussetzung  
111 unseres demokratischen Zusammenhalts in Vielfalt.

112 Gerade weil die Stärke unseres Landes daraus entsteht, dass jede und jeder  
113 dazugehört, unabhängig von der Herkunft, brauchen wir auch eine neue Kraft der  
114 integrativen Gesellschaft. Was wir damit meinen: gemeinsam in Vielfalt. Was es  
115 dafür braucht: Aufstiegschancen, Respekt im Streit, Kompromissfähigkeit und  
116 Koalitionsfähigkeit in der demokratischen Mitte. Bürgerschaftliche  
117 Verantwortung, aber auch eine neue Verantwortung der demokratischen  
118 Institutionen und der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, die  
119 Probleme zu lösen und zum Funktionieren beizutragen.

120 Und so, wie wir unsere Freiheit und unser Zusammenleben nach innen zu sichern  
121 haben, so gilt es in dieser Zeit, unseren Frieden in Freiheit nach außen zu  
122 sichern. Gerade jetzt brauchen wir – in unserem eigenen Interesse – eine neue  
123 Initiative an der Regierungsspitze für ein starkes gemeinsames Europa. Wir  
124 können diplomatische Kraft, die engagierte Suche nach belastbaren Lösungen, nur  
125 aufbringen, wenn wir uns als freies Europa zugleich handlungsstark zeigen. Die  
126 geopolitischen Kräfteverhältnisse in der Welt verändern sich rasant – und das  
127 nicht erst seit heute. In dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt  
128 sich eine Bedrohung für die europäische Friedensordnung und unsere Demokratie  
129 insgesamt – daher ist die Unterstützung der Ukraine auch unser bester  
130 Selbstschutz. So wie unsere europäischen Nachbarn für uns da waren, sodass wir  
131 in Deutschland wiedervereint im Herzen Europas in Freiheit leben, sind wir das  
132 auch für unsere Nachbarn. Gemeinsam gilt es Frieden in Freiheit neu zu sichern.  
133 Gemeinsam mit den vielen Staaten weltweit, die ebenso wissen, dass das Entstehen  
134 für eine regelbasierte Ordnung der beste Schutz ist.

135 Liebe Bürgerinnen und Bürger,

136 nur wenn wir unsere Stärken in Zukunftskraft verwandeln, werden wir das erhalten  
137 und stärken können, was uns lieb und teuer ist. Wir betonen das, weil wir in den  
138 vergangenen Jahren auch gesehen haben, wie verlockend es in der Politik ist, die  
139 Verluste der unterlassenen Veränderung einfach zuzukleistern, nach dem Motto  
140 „Niemand muss sich hier verändern“, oder sich nur noch in der Vergangenheit  
141 aufzuhalten.

142 Mit Robert Habeck kandidiert ein Mensch für die Führung der kommenden Regierung,  
143 der diesen Unterschied macht. Der eine Politik des Zuhörens mit Orientieren  
144 verbindet, Regierungserfahrung mit der Bereitschaft selbst zu lernen,  
145 Ehrlichkeit mit der Bereitschaft anzupacken, Zukunftsstärke mit der Kraft zur  
146 breiten gesellschaftlichen Verbindung. Dem es um die ganze Gesellschaft geht und  
147 der dies als Verantwortung begreift, in eine starke Zukunft zu führen. Gemeinsam  
148 mit Annalena Baerbock, der Außenministerin unseres Landes. Die Haltung zeigt, wo  
149 andere zaudern. Die mit Menschlichkeit, Partnerschaft und Stärke für unsere  
150 Werte und Interessen einsteht.

151 Dafür bitten wir bei der kommenden Bundestagswahl um Ihr Vertrauen und Ihre  
152 Stimme!

153 Nehmen wir unsere Zukunft zusammen in die Hand! Wachsen wir zusammen!

# Unser 10-Punkte-Plan für grünes Regieren (Globalalternative zu WP-01)



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)  
Tagesordnungspunkt: WP Bundestagswahlprogramm

## Antragstext

- 1 Wofür wir Grüne zur Bundestagswahl antreten!
- 2 Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles geändert hat: Bedrohliches wie das
- 3 Fortschreiten des Klimawandels und des Artensterbens, Rückschritte in der
- 4 Demokratie weltweit oder neue große Kriege, auch in unserer Nachbarschaft. Aber
- 5 es gibt auch Positives, wie Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien,
- 6 mehr Solidarität und zumindest teilweise mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit
- 7 des Zusammenhaltes und Schutzes der Schwächsten.
- 8 Nur ein vereintes Europa hilft uns aus der Krise – wenn wir uns jetzt alle
- 9 einbringen und dafür kämpfen.
- 10 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Dazu gehört
- 11 zuallererst eine kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik der
- 12 letzten drei Jahre: kritisch, aber konstruktiv, um aus den Fehlern zu lernen und
- 13 das gute Erreichte weiter zu fördern. Wir haben gelernt: Wir müssen den
- 14 Fortschritt erkämpfen. Mit vielen alten und neuen Verbündeten; die alten müssen
- 15 wir allerdings teilweise zunächst einmal zurück gewinnen.
- 16 Deshalb wollen wir weiter regieren. Dafür brauchen wir Partner. Auch da müssen
- 17 wir aus unseren Fehlern lernen: Was inhaltlich erkennbar nicht zusammengeht,
- 18 bricht spätestens unter Druck auseinander, das Ergebnis haben wir gerade mit der
- 19 neoliberalen FDP erlebt. Unsere neue Partnerschaft muss darauf gründen, dass
- 20 sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können. Wer
- 21 mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei zentralen Vorhaben entschieden
- 22 mit voranzugehen.

## 23 Grüner 10-Punkte-Plan kompakt

- 24 1. **Klimaschutz voranbringen:** Wir sind aus der klimafeindlichen Kohle
- 25 ausgestiegen. Dennoch bedarf es weiterer großer Anstrengungen, unsere –
- 26 aus dem Pariser Abkommen resultierenden – verbindlich unterschriebenen
- 27 Klimaschutzziele und unser Ziel, 100% Erneuerbare Energie im Strombereich
- 28 bis 2045 zu erreichen, einzuhalten. Dazu müssen das Klimaschutzgesetz und
- 29 die Sektorengrenzen wieder in Kraft gesetzt werden. Jeder Sektor muss
- 30 seinen Beitrag leisten, insbesondere der Verkehrssektor. Wir treten ein
- 31 für eine Verkehrswende mit wirksamer Temporegulierung, wirksamem
- 32 Klimaschutz bei Neubau und in den Bestandsgebäuden, Schaffung von CO<sub>2</sub>-
- 33 Senken durch intakte Wälder und Moore, den Umbau der Industrie auf grünen

Wasserstoff und mehr. Als sozialen Ausgleich für die Kosten der Bürger\*innen für die nötigen Klimaschutzmaßnahmen setzen wir die Einführung des Klimageldes durch.

2. **E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:** Wir wollen ab 2035 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen. Dazu muss vor allem die Ladeinfrastruktur und der Speicherausbau massiv vorangebracht werden.

3. **Landwirtschaft nachhaltig machen:** Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um. Wir werden die großen Agrarbetriebe nicht mehr subventionieren und die kleineren Höfe sowie ökologisch arbeitende Betriebe stärker fördern. Sie können eine klimagerechte Landwirtschaft besser und effizienter umsetzen, wenn sie ausreichend unterstützt werden.

4. **Europa zusammenführen:** Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen. Wir werden ein massives Zukunftsinvestitionsprogramm für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Digitalisierung auflegen und dafür auch die Verschuldungsregeln in der EU ändern und die Schuldenbremse in Deutschland für Investitionen in die Zukunft öffnen. Gegen rechtsradikale und autokratische Tendenzen in der EU werden wir mit allen demokratischen Kräften in der EU gemeinsam vorgehen. Der erste Schritt wird ein wirksames Unterbinden der Fakenews in den sog. „sozialen“ Medien sein.

5. **Familien stärken:** Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit weiteren zusätzlichen Milliarden Euro: das grüne Familienbudget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Wir wollen die Kindergrundsicherung endlich umsetzen und ausreichend finanzieren.

6. **Soziale Sicherheit schaffen:** Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und gewährleisten ein angemessenes Rentenniveau. Zur Finanzierung des Gemeinwesens und der sozialen Sicherungssysteme müssen die Reichen stärker in die Verantwortung genommen werden. Deshalb wollen wir „Tax the rich“, d.h. eine Reichen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer umsetzen.

7. **Integration zum Erfolg führen, Geflüchtete schützen:** Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen durchsetzen, dass anerkannte Geflüchtete ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und vor allem Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Weiteren Verschärfungen in dieser

Richtung, wie etwa Lager zur Beurteilung von Asylsuchenden außerhalb der EU-Grenzen erteilen wir eine scharfe und deutliche Absage.

8. **Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:** Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen, dass diejenigen als Leistungsträger anerkannt und honoriert werden, die etwas für andere Menschen und die Gesellschaft leisten. Wir wollen Diskriminierung aller Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\*, Inter\* und Queers (LGBTIQ) endlich beenden.

9. **Freiheit sichern:** Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik: Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir nehmen die Bedrohung aus Russland, dem Iran und anderen Regimen ernst. Aber wir wissen auch, dass eine Hochrüstung uns einen fragilen, irgendwann brechenden Frieden bringen wird – und somit im Endeffekt immer Krieg. Daher werden wir die Bemühungen um Deeskalationsstrategien, Konfliktprävention, Konfliktlösungs- und beherrschungsszenarien, Möglichkeiten des zivilen Widerstandes im worst case deutlich stärken und ausbauen, zulasten des Militäretats. Vor allem werden wir auf Diplomatie setzen und diesbezüglich mit allen Ländern, der UN und Bündnissen wie BRICS zusammenarbeiten, um Krisen, Konflikte und Kriege friedlich zu lösen. Weiterhin sorgen wir im innerhalb Deutschlands dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist, wobei wir auch hier den Schwerpunkt auf Prävention legen.

10. **Fluchtursachen bekämpfen:** Deutschland trug bisher mit seinem Anteil am Klimawandel und der Unterstützung von Diktatoren und Autokraten sowie mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Unterstützung und Rüstungsexporte mit einem verbindlichen, wirksamen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit. Deshalb werden wir das Lieferkettengesetz, welches für Unternehmen in der EU gilt, zum weltweiten Standard für alle global agierenden Unternehmen machen. Handelsabkommen wie Mercosur, die vornehmlich der Industrie und den Großunternehmen Vorteile, den Arbeitnehmern und z.B. den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben Nachteile bringen, lehnen wir ab.

## 112 Unser verbindliches Angebot zur Bundestagswahl

Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser Maßstab für eine weitere Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die GRÜNEN wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, den die Ampel leider bot. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der



119 AfD und der FDP – die sich selbst disqualifiziert hat – über die Umsetzung  
120 unserer Vorhaben zu sprechen. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie  
121 und Verantwortung.

122 Doch über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je  
123 stärker die GRÜNEN im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung  
124 sind, umso mehr Gewicht haben wir auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren  
125 können und werden wir, wenn die Richtung stimmt, unsere Kernvorhaben umgesetzt  
126 werden und wir uns auf die neuen Partner verlassen können. Das ist unser  
127 Anspruch, um verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn unsere  
128 Kernvorhaben nicht umgesetzt werden können, werden wir als Opposition für  
129 Veränderung und gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Sollte es erfolgreiche  
130 Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in  
131 einer Urabstimmung vorlegen.

132 Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte und vor  
133 allem eine friedliche Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den  
134 Politikwechsel auf den Weg bringen.

135 Mit Mut in die Zukunft!

## Begründung

folgt mündlich

## weitere Antragsteller\*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Tabitha Elkins (LV Bayern); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Raymund Messmer (KV München-Land); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Eberhard Müller (KV Ortenau); Peter Meiwald (KV Ammerland); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Enrico Calzia (KV Ulm); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); sowie 48 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.